

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnement- preis beträgt bei Lieferung durch die Börsen frei ins Haus monatlich 120 Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr besteht für die achtgesparte Pessizelle oder deren Raum 3,00 Mark, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 1,20 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

STAGESZEITUNG FÜR ARBEITENDES VOLK

Nr. 38.

Dienstag, den 14. Februar 1922.

29. Jahrgang.

Hoher Senat, voll der Gnade . . .

Dr. L. Lübeck, 14. Februar.

In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurde ein Erlass des Senats verlesen, der im wesentlichen so lautet:

Bereits nach der Verhandlung in der ersten Instanz am 26. Dezember hat das Schöffengericht . . . eine bedingte Begnadigung der beiden Verurteilten hinsichtlich des größten Teils der Strafe in Aussicht genommen; der Senat hat indes geglaubt, mit Rücksicht darauf, daß die noch in verhältnismäßig jugendlichem Alter stehenden Verurteilten sich bisher im wesentlichen straffrei geführt haben, sowie in der Erwagung, daß sie sich in einer (durch die kurz voraufgegangene Ermordung des Reichstagsabgeordneten Erzberger gesteigerten) politischen Erregung befunden haben, und daß sie bei der vorliegenden Straftat nicht als die Hauptschuldigen anzusehen sind, beiden Verurteilten die Strafe im Wege der Gnade erlassen zu sollen.

Um solch einen Sachbeschluß richtig aufzubauen zu können, muß man zweifellos über Titel und Verstand eines Staatsrats verfügen. Um ihn aber zu verstehen, braucht man noch bedeutend mehr geistige Mittel. Nur mit großer Mühe wird der Durchschnittsberlische Schritt für Schritt zu seinem eigentlichen Kern vordringen. Wollen wir also zunächst den schönen Satz aus dem Deutsch der Juristen in das Deutsch des Volkes übersetzen: Der hohe Senat erläßt den beiden Verurteilten allergnädigst die Strafe; denn er ist es sind sie noch jung, zweitens hatten sie bisher eine wesentlich gute Führung, drittens waren sie politisch erregt und viertens sind sie nicht als die Hauptschuldigen der Tat anzusehen.

Nur im Zusammenhang mit dem bekannten Ersuchen der Bürgerschaft um Amnestierung kann diese Gnadenfülle des Senats gewürdig werden. Die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit hält das Urteil für ein Fehlurteil; sie verlangte deshalb die gesetzliche Amnestierung der beiden Verurteilten. Was tut daraus hin der hohe Senat? Er schaut mit lächelndem Gesicht auf die bedeutend weniger hohe Bürgerschaft herab, mit vornehm-mitleidiger Stimme verkündigt er ein Dekret (zu deutsch Erlass). Das Ersuchen und die Auffassung der Bürgerschaft wird darin mit seinem Wort erwähnt; das Urteil selbst, wie ein Heiligtum, überhaupt nicht berührt. Aus persönlichem Mitleid mit den Verurteilten aber schenkt man ihnen die Strafe. Man geht also dem Verlangen der Bürgerschaft auf sachliche Stellungnahme zum Urteil vorsichtig aus dem Wege, indem man es durch völlig entgegengesetzte Regelung der Angelegenheit gegenstandslos machen möchte. Ob sich die Bürgerschaft eine solche Behandlung gefallen lassen will, das ist ihre eigene

Sache. Nach unserer Ansicht ist der bekannte Antrag Beck und Geissler dadurch in keiner Weise erledigt; denn er verlangt aus politischen, nicht aus persönlichen Gründen eine gesetzliche Amnestie, nicht aber ein Gnadenegesetz. Über, wie gesagt, darüber hat die Bürgerschaft in ihrer Weisheit zu entscheiden.

Wir möchten an dieser Stelle nur noch auf den Punkt vieler der Senatsbegründung eingehen, wonach die Verurteilten nicht als die Hauptshuldigen bei der Straftat anzusehen sind. Wer sind denn die Hauptshuldigen? Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Senat sich die mestwürdige Beweisführung des deutschnationalen Bürgerschaftsmitgliedes v. Broden zu eigen macht, daß die Schulden dort sitzen, wo die scharfen Worte gegen die Erzbergermörder geschrieben wurden. Wir befennen uns gern zu dieser Schuld, und wir wiederschlagen, daß kein Wort von dem Damaligen zurückgenommen wird; auch wenn es dem Senat nicht in den Kram passte, als die Arbeiterschaft die heiligste schwarz-weiß-rote Flagge herunterholte. Vielleicht wird manchen schwarz-weiß-roten Senatsmitglied nachträglich ein Licht darüber aufgegangen sein, daß die Flaggenfrage der Arbeiterschaft kein Spaß ist, sondern eine Herzensache; und doch der Grund zu den Flaggedemonstrationen bedeutend tiefer saß, als ein Senator oder ein Staatsrat in seinem ausgetretenen Geleise wohlbehäbiger Bürgerlichkeit sich denken kann.

Unsere Ansicht ist, daß die Verurteilten überhaupt nicht schuldig waren; und daß nicht nur die Hauptshuldigen, sondern alle Schuldigen wo anders sitzen: In den deutschnationalen Reihen der Erzberger- und Gareismörder; in den Hakenkreuzgesellschaften der persönlichen Heger und Verleumder; überall da, wo man die traurige Freiheit besaß, den bis aufs Blut empörten Arbeitermassen das schwarz-weiß-rote Fahnenstück des Republikanermordes vor die Nase zu hängen. Aber das alles wird die reaktionäre Senatsmehrheit nie und nimmer begreifen; sie lebt heute noch in dem trostlosen Juristentrott der Wilhelmszeit. Und was die deutschen Juristen aus der Revolution gelernt haben, das weiß man; nicht mehr als die Straßendirne aus einer verkauften Stunde.

Wir haben weiter nichts zu sagen. Der Senat möge sich aber überlegen, ob er auf dem rechten Wege ist, wenn er den Mehrheitswillen der Bürgerschaft links liegen lässt. Die nächsten Wochen werden ihm eine neue Gelegenheit geben, sich für oder gegen den Willen der Arbeitermasse zu entscheiden. Treitschke schrieb einst von den Bourbons nach dem Wiener Kongreß: „Sie hatten nichts vergessen und nichts hinzugelernt.“

seien einige Abgeordnete, die sich der Stimme enthalten wollten. Wir halten dies für übertriebene Schwarzseherei.

Einen Kampfartikel gegen die Krisenmacher bringt die „Germania“. Sie verweist mit Recht auf die Verantwortungssachen der Oppositionsparteien, die Misstrauensfondgebungen einbringen in der stillen Hoffnung, daß andere sie ablehnen. Dieser Verwechslung der Politik mit dem Kartenspiel müsse durch ein Entweder-Oder ein Ende gemacht werden: „Es ist gut, daß der Reichstag einmal vor eine wichtige politische Verantwortung gestellt wird, und ebenso ist es notwendig, daß gewisse Krisenpolitiker, die das Wesen der Politik in der Krise selbst seien, diesmal nach vor Entscheidungen über Fragen gestellt werden, die sonst als schleichendes Gift die innerpolitische Lage verwirrt hätten.“ Die „Germania“ ruft den Krisenpolitikern zu, daß sie selbst bereit seien müssen, die Regierung zu übernehmen. Der Führer der Deutschen Nationalen, Herr G. H. G. H., gibt sich im Augenblick den Anschein, als sei die Deutschen Nationalen wirklich und wahrhaftig zur Übernahme der Regierung bereit. Seine Partei habe dem Wunsche auf Bezugnahme der Abstimmung bis Mittwoch zugestimmt, damit die parlamentarischen Rechtverhältnisse in ihrer wirklichen Stärke und nicht durch ein Scheinergebnis zum Ausdruck kämen. „Die Augen der ganzen Welt waren auf die Abstimmung gerichtet; das Ausland sollte und mußte wissen, woran es künftig mit Deutschland ist. Für eine Zusatzauswahl war danach kein Raum. Die Situation war so ernst geworden, wie sie es seit der Entscheidung des Versailler Friedens nicht wieder gewesen war. . . . Wir wollen nicht, wenn es uns einmal befohlen sein sollte, zur entscheidenden Mitwirkung bei der Regierung des Landes berufen zu sein, unsere Regierungstätigkeit mit einem Flehen auf der reinen Weise beginnen.“

Wahr ist natürlich, daß es den Deutschen nationalen höchst peinlich war, die Verantwortung zu übernehmen und in wenigen Wochen ihren enttäuschten Anhängern zu zeigen, daß sie nichts, aber rein gar nichts besser zu machen verstehen.

Die Verblüffung der Unabhängigen zeigt sich in jeder Ausgabe der „Freiheit“. Am Sonntag alarmierte sie „Stimme vor den Toren“, und die Unabhängigen allein sind es doch, die ihn vor die Tore der Reichsregierung gebracht haben. Am Montag abend umschreibt sie die Politik ihrer Partei zum Kabinett Wirth in folgenden, wundervoll klaren Sätzen: „Was die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie zu der Kabinettskrise anlangt, so beruhen die von uns wiedergegebenen Neuauflagen der bürgerlichen Presse selbstverständlich auf Mutmaßungen. Unsere Fraktion wird sich in ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett Wirth wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit, nur von den Rücken auf die Interessen der Arbeiterklasse leiten lassen.“

Also nicht für und nicht wider. Doch lassen wir eine Glossierung und hoffen, daß die nächsten 24 Stunden die Unabhängigen doch noch zur Vernunft bringen.

Die Fraktionsberatungen über das Vertrauensvotum.

Berlin, 14. Februar.

In der gestrigen Fraktionsversammlung der Demokraten wurde beschlossen, dem vorliegenden Vertrauensantrag zugestimmt. Auf den Berichterstattungen des Zentrums nahm auch der Reichsanziger Dr. Wirth teil. Innerhalb des Zentrums war man für die Annahme des Vertrauensvotums. In den Unterhandlungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Partei beriet man darüber, ob nicht eine Änderung der Haltung des Vertrauensantrages mit Herabhebung der außenpolitischen Lage zu mindestens einer teilweise Stimmenthaltung der Unabhängigen ermöglich werden. In den Besprechungen wurde erwogen, dem Vertrauensvotum etwa folgende Fassung zu geben:

„Angesichts der außenpolitischen Lage und unbeschadet der Verschiedenheit der Auffassung der Parteien in der Streitfrage billigt der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung und spricht dieser das Vertrauen aus.“

Englische Stimmen zur deutschen Regierungskrise.

London, 13. Februar.

Der Berliner Berichterstatter des „Morning Post“ schreibt, niemand nehme an, daß, falls die Regierung Wirth stürzen sollte, die Rechts- und Linksparteien eine Kombination bilden könnten. Sie müßt gerufen sei, um eine neue Regierung zu unterstützen. Es sei klar, daß eine solche Regierung mit den Alliierten sofort in einen Konflikt geraten würde.

Der Berliner Vertreter des „Daily Telegraph“ schreibt: Wirth habe mehr als alle früheren Regierungen und Minister zusammengekommen, um in Westeuropa das Vertrauen zur deutschen Politik wieder herzustellen, ohne das die Neuordnung normaler geführter Beziehungen in Europa unmöglich ist.

Der Vertreter des „Daily News“ erwartet, daß Wirths Stellung durch die Abstimmung am Mittwoch gestärkt wird.

Die Konferenz von Genoa.

Verschiebung oder nicht? — Eine Vorkonferenz der Sachverständigen.

Der Pariser Berichterstatter des „Observer“ meldet, es bestehe Grund an der Annahme, daß in amtlichen französischen Kreisen die Ansicht herrsche, daß die Genua-Konferenz um etwa Monatsfrist verschoben wird. Die Konferenz werde, wie man annahme, hauptsächlich den russischen Fragen gelten. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich auf die Wiederherstellung seiner alten Beziehungen zu Russland ausgehe. Der Berichterstatter weist im Zusammenhang damit auf den in der französischen Presse zugunsten Russlands organisierten Feldzug hin. Der Moskauer Vertreter des „Observer“ schreibt, die Sowjetrepublik habe die Zusage, daß der beste Weg, um alle Befürchtungen zu heben, die Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Paris und Moskau sei. Während das Einvernehmen mit Frankreich hauptsächlich aus politischen Gründen gewünscht wird, seien die Interessen der Sowjetregierung in Deutschland vornehmlich wirtschaftlicher Art. Man hoffe in Moskau, daß Deutschland sich weigern werde, an dem geplanten Konsortium teilzunehmen. Die Sowjetdiplomatie bemühe sich, Deutschland zu überzeugen, daß seine Teilnahme an der Verbindung zur Ausbeutung Russlands zur Erdölfeldung nicht nur Russlands, sondern auch Deutschlands führen würde. Zweifellos herrsche Aversion in Moskau, trotzdem sei dort die Ansicht allgemein, daß das Einvernehmen mit Deutschland gesichert sei.

Der New Yorker Berichterstatter des „New York Herald“ meldet: Die Uebermittlung der Antwort Hardings auf die Einladung nach Genoa wurde durch das Memorandum Poincarés verzögert. In Washington habe man das Gefühl, daß eine neue Lage geschaffen wurde, die die Regierung in die Notwendigkeit verlege, offiziell die Ansicht auszusprechen, daß die europäischen Nationen

Die Regierungskrise und die Parteien.

SPD: Berlin, 13. Februar. (Drahtmeldung.)

Der Montag hat keinen Fortschritt zur Klärung der Regierungskrise gebracht. In der Mittagsstunde waren Wels und Müller zum Reichskanzler geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Politikern Fühlung genommen hat. Der Reichsanziger hat die Abgeordneten nicht darüber im Zweifel gelassen, daß er Klarheit wünscht und deshalb eine Verfehlung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Auch werde er ablehnen die Regierung zu behalten, wenn sich nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen ergeben sollte. Alle Neuerungen aus der Deutschen Volkspartei lassen darauf schließen, daß diese ihrer Kampf gegen den Kanzler durchzuführen gedenkt. Ihr Berliner Parteiorgan „Die Zeit“ bestreitet, daß innerhalb der Fraktion ein großer Kampf um das Misstrauensvotum geführt worden sei. Der Beschluß sei mit sämtlichen gegen 2 Stimmen gefasst worden. Angeblich erwägt die Fraktion, für die Abstimmung am Mittwoch Fraktionszwang einzuführen. Die Zeitungen beider Rechtsparteien schildern die Aussichten für das Kabinett Wirth als beinahe ausichtlos. Um die Lage besonders düster erscheinen zu lassen, behauptet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, auch in der Reichstagsfraktion des Zentrums habe sich der Widerstand gegen die taktische Führung der Wirthschen Politik bedeutend verschärft, und der „Berliner Anzeiger“ will wissen, das Zentrum sei sich eines Teiles seiner Mitglieder so wenig sicher, daß es ebenfalls Fraktionszwang einzuführen gedenkt. In der demokratischen Fraktion

Schritte tun müßten, um ihre Budgets ins Gleichgewicht zu bringen und die Inflation einzuschränken, bevor die Vereinigten Staaten an der Wirtschaftskonferenz teilnehmen könnten.

Der Pariser Berichterstatter der "Daily Chronicle" erzählt, daß die französische Regierung den von der britischen Regierung gemachten Vorschlag eines Auskusses von Sachverständigen der Alliierten zur Prüfung aller technischen und wirtschaftlichen Fragen der Konferenz von Genoa günstig gesinnt sei. Die Amis de Poincaré werden der britischen Regierung heute überreicht werden. London sei als Ort der Zusammenkunft für die Sachverständigenkonferenz vorgesehen. Man erwarte in Paris, daß die diplomatischen Erörterungen zwischen London und Paris über die politischen Fragen der Konferenz von Genoa während der Verhandlungen des Sachverständigenausschusses weitergehen werden.

Der englisch-irische Frieden in Gefahr.

Ireland steht vor einer neuen Krise. Die Ursachen sind Grenzstreitigkeiten. Große Schieße, die jetzt im Besitz Nordirlands sind, werden von dem britischen Freistaat verlangt. Während der Präsident des Freistaates versucht, die Angelegenheit ruhig und besonnen zu regeln, berauschten die leitenden Männer Nordirlands es als einen willkommenen Anlaß, von neuem einen Bürgerkrieg zu entfesseln. In Clones kam es zu einem Gefecht, bei dem vier irische Konstabler und ein republikanischer Soldat getötet wurden. In der Grenze stehen 10.000 britische Soldaten, die nur auf den Befehl warten, in Aktion zu treten.

"Daily Chronicle" meldet: Die Ermordung von fünf Ulsterpolizisten durch irische Republikaner in Clones, Grafschaft Monaghan erschwert die Regelung des irischen Gesamtproblems wesentlich. Sonnabend abend wurde unter dem Vorstoß Churchills im Kabinett eine Ministerkonferenz abgehalten, in der eine leidenschaftliche Aussprache über die neue Verwölbung der irischen Frage vorherrschte. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, klagt vor, daß irische Truppen den Schutz der Grenze Ulsters übernehmen müssen. Craig erhält ein Telegramm, in welchem die britische Regierung mitteilt, daß weitere bedeutende Streitkräfte für Ulster zur Verfügung stehen. Aus Dublin wird gemeldet, daß der Wahlfeldzug der Republikaner gegen die Freiheitspartei mit einer großen Ausdehnung eröffnet wurde, in der die Volksrepublik erklärt, daß sich die Republikaner in keiner Weise durch den Londoner Vertrag als gebunden erachteten. Die britische Regierung teilt mit, daß sofort Schritte zur Erfüllung der Ziele unternommen würden, die möglicherweise in Kraft waren, die sie vor Beginn der Wasserrübe in Großbritannien beginnen.

Russland und das Wiederaufbausyndikat.

Berlin, 14. Februar.

Gegenwärtig laufenden Reldungen trifft Krasin erst am Mittwoch in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Von Moskau aus wird Krasin im Auftrage der Sowjetregierung nach Genoa reisen. Wie der "Orienter" erzählt, habe Krebs in London Verhandlungen mit Lord George geführt. Die Verhandlungen haben sich auf die Bildung eines internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Sowjetruhlands bezogen. Im Sowjetreich steht man einem solchen Syndikat ablehnend gegenüber als Seligmann, doch die Bildung eines übernationalen Syndikats zu einer wirtschaftlichen und politischen Zelle für Russland werden könnte. In London haben Krasins Beamten, Sicherheiten in dieser Richtung zu verlanzen, wobei sie das Ergebnis der Verhandlungen gefunden. Im Verlauf dieser

Die Schwester.

Novelle von Hans Schipper

Sie waren früh verstorben. Irene die ältere, ein blondes Gejöpp mit dicken Lippen und ledernden Augen, dicke Blumensträuße für ein großes Gelächter. Charlotte, die hilflos, mit Stenopäpchen in einem Rechtsbüro. Nur Dorette, das Nesthäufchen, ist noch nicht Tätig. Sie begleitete die Haarschärferei und las Gedichte, band sich vor dem Spiegel ihren Dioptrioskop, aber trautete in weißen Blaudräckchen mit der Schmetterlin ihret Leidzehn Jahre am stolzen Flecker in die kleine Welt hinein.

Sie wohnten in einem kleinen Häuschen direkt an der Brücke, die über den Fluss führte. Sie machten bis drei Schwestern am Fluss entlang und trauten dem einzigen Murrain der Wellen. Es war klar, wie der Fluss sie immer wieder in seinen Bann zog. Er hatte die Seile ihrer ersten Arbeit gerissen, fuhr mit dem Gorbein ihrer Schwester ins Ungewisse. Und mit dem Grunde, wo die Seile über den schwanken Schlamm und die losigen Steine hingen, lagen auch ihre Brüder.

Die Kraft war in diesem Gräßigkeit behenders tödlich, soll geheimnisvolles Unsterblichkeit. Und während früher eine gesäßige Stille in dem Flusshaus am Ufer herrschte, war jetzt ein gesäßiges Dröhnen auf den frändlichen Hintergründen. Treppauf, treppab eilte Dorette durch das Haus, machte Einläufe beim Kümmern und sah zur Küchenseite. Schon als kurz gegen die kleinen Finger Dorettes den Strudel rauschte. Und Charlotte kam immer ein kleiner Kind, früher noch der Arbeit beim.

Die Schwester betriebert in ihrem Häuschen einen Gott. Er war Stoff. Das angefeuert war er mit seiner Geige in die Fugend am Fluss geraten, hatte das drecklich gelegene Dorf am Ufer gefangen und in die Mutter eingesperrt. Er war grob und grausig. Die Schwester saß traurig in die Kleine Stütze, mit kleinen Augen so zurückhaltend zurück.

Karlo Hebe, Sohn des Violinisten am Konservatorium, wußte mit dem Schluß einer Geige die Mütterchen an und ließ sie in ihren Grundfesten erledigen. Warum sie in die Mütterchen Gefüle keiner Fürsicht trugen.

Scene war die erste, die dem dunklen Geiger zerfiel. Als er den kleinen Karlo betraute, machte sie noch im Wahnsinn. Er sprach den Zwischenfall hergeben, sie öffnete ihm und er fügte sie im dunklen Schlaf hinzu.

Es kam ein Tag voll Schreck, Angst und Graus. Schreck. Das kleine Dorf war tot und die Einzelheit ihrer Jagd ist den Kindern des Flusses vergegen. Sie war grausig. Die Stille ist wild — die Wunden klagen Ritternach. — Die Schwester schreit und ist dort, die läuft — Eins zieht hin, gefüllter. Schwester schreit. Diese Stunden füllten die Seele. Bis eines Nachts das Schiff ein Ende nahm und jeder Blutspritzer aus dem Schiff schwamm zurück.

„Du bist gut“, sagte der Geiger zu ihr, „aber deine Schwester ist eine ungern erfüllte Person.“

Die Augen blieben rotzweinrot. Doch in diesem Augenblick war es nur ob eine leere Stelle. Und es klang nicht mehr rotzweinrot, sondern der Gott war jetzt mit ihnen am Fluss hier. Über mit blutigen Augen lag er da zum Schwester schlafen. Sie wollte nun noch keine böse sein.

Die Augen blieben rotzweinrot. Doch in diesem Augenblick war es nur ob eine leere Stelle. Und es klang nicht mehr rotzweinrot, sondern der Gott war jetzt mit ihnen am Fluss hier. Über mit blutigen Augen lag er da zum Schwester schlafen. Sie wollte nun noch keine böse sein.

Verhandlungen wird Krasin in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten, die unter Beteiligung des Directors der Sowjetstaatsbank und des Chefs der Sowjethandelsmission stattfinden sollen. Gleichzeitig mit Krasin trifft der Vorsitzende des Allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes wieder in Berlin ein.

Amerikanisch-bulgarischer Separatfrieden.

Paris, 13. Februar.

Die amerikanische Regierung hat der bulgarischen Regierung in Sofia einen Einwurf für einen Separatfrieden unterbreitet. Der amerikanische Separatfrieden weicht von dem Vertrag von Neuilly insofern ab, als er die Bestimmungen über den Völkerbund, über das internationale Arbeitsbureau und über die Reparationen wegläßt. Über auch die für Bulgaren günstigen Bestimmungen des Vertrages von Neuilly sind in den amerikanischen Vorschlägen nicht enthalten, so z. B. die Bestimmung über den Minoritätszuschuß und über den bulgarischen Zugang zum Adria-Meer.

Erzbergers Mörder in Budapest.

Berlin, 14. Februar.

Nach einer der "Voss. Zeit." von vertrauenswürdiger Seite zugehenden Meldung sind die beiden Mörder Erzbergers Schulz und Thille in Budapest eingetroffen, wo sie sich insbesondere des Schutzes der "erwachenden Ungarn" erfreuen wollen. Die Identität beider Personen scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest ist ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis.

Machslänge zum Eisenbahnbeamtenstreik.

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft hält am Sonntag in Nameinheit vieler Mitglieder aus allen Teilen des Reichs eine Ansprache über die Frage der Maßregelungen ab. Allgemein wurde festgestellt, daß die Erregung, die durch die Ausdehnung der Maßregelungen entstanden ist, große Gefahren in sich birgt und daß lokale Streiks nicht ausgeschlossen sind. In Frankfurt a. M. sollen von der Eisenbahndirektion bezw. den untergeordneten Stellen allein 5000 Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlastung eingeleitet sein. Insgesamt wird die Zahl der Verfahren auf 30.000 angegeben. In Abrechnung der Lage richtete der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft an den Reichskanzler eine Eingabe, in der an die gegebenen Verbrechungen erinnert und um Innehaltung der von dem Reichskanzler festgelegten Richtlinien gebeten wird. Gleichzeitig macht die Reichsgewerkschaft aufmerksam und weist darauf hin, daß die Möglichkeit lokaler Streiks sehr groß ist.

Die Berliner Börse.

Die Berliner Börse zeigte am Wochenanfang wieder auf allen Märkten eine sehr starke Tendenz. Die ausländischen Zahlungsmittel stiegen fortwährend im Kurs. Amtlich notierten Kabel New York 203, London 882^{1/2}, Holland 7590. Am Effektenmarkt ist die Aufwärtsbewegung der letzten Woche bereits zu einer regelmäßigen Haushalt ausgewachsen. Man führt dies darauf zurück, daß umfangreiche Räume in deutschen Industriewerken für ausländische Rechnung stattfinden. Außerdem begünstigen die zuverlässigen Berichte über den Geschäftsgang in Handel und Gewerbe die Börsensonnung.

Conrad Haushmann

Stuttgart, 13. Februar.

Der Reichstagsabgeordnete Conrad Haushmann starb nach einem etwa vierzehntägigen Krankenlager an der Grippe.

Conrad Haushmann wurde am 8. Februar 1857 in Stuttgart geboren. Sein Vater Julius Haushmann war ein alter 48er, der seinen groß-deutschen Jugendtraum mit drei Jahren Festungshaft auf dem Hohenasperg blieben mußte und dann Redakteur des demokratischen "Beobachters" in Stuttgart wurde. Der Sohn besuchte das Gymnasium seines Vaters und studierte in Jülich, München und Berlin Rechtswissenschaften und lebte sich dann 1883 in Stuttgart als Rechtsanwalt nieder. Er wandte sich, in den Spuren seines Vaters wandelnd, auch der politischen Tätigkeit zu und wurde 1889 in Balingen in den württembergischen Landtag gewählt, dem er seither ununterbrochen angehörte. Auch Mitglied des Reichstages ist er seit 1890. Die Demokraten verlieren mit ihm einen ihrer herausragendsten Führer. Im alten Reichstage zur Fortschrittlichen Volkspartei gehörend, war er Staatssekretär in der Oktoberregierung 1918 und später Vizepräsident der deutschen Nationalversammlung.

Gildensozialismus

und Gewerkschaften.

Von A. Ellinger.

SAK. In England hat im letzten Jahrzehnt eine Bewegung Bedeutung erlangt, die sich die praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Sozialismus durch die Gewerkschaften zum Ziel setzt. Sie will keinen Staatssozialismus — den sie als Staatskapitalismus ansieht und von dem sie keine Erlösung der Arbeiter aus wirtschaftlicher Unfreiheit erwartet —, sondern sie will die Gewerkschaften zu Trägern der Wirtschaft machen. Diese Bewegung ist der Gildensozialismus.

Das Wort "Gildensozialismus" erinnert lebhaft an das Kunstwerk des Mittelalters. Der Gildensozialismus hat aber mit dem Mittelalter gar nichts zu tun, sondern weist weit in die Zukunft hinein. Er erstrebt nicht die Rückbildung der heutigen Gewerkschaften zu Bünsten, sondern ihre Fortbildung zu großen Wirtschaftsförderungen, deren Aufgabe die Kontrolle der Produktion und die Führung der sozialistischen Wirtschaft sein soll. Er erstrebt den Zusammenschluß der heutigen Fachverbände zu großen Industriegewerkschaften, die alle Kopf- und Handarbeiter einer Industrie zu gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben vereinen sollen. Es fordert die Selbstverwaltung der einzelnen Industrien durch die Gewerkschaften unter der Oberhoheit der Staaten. Der Staat als Verkörperung der Volksgesamtheit soll nur Eigentümer der Produktionsmittel — des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken usw. — sein, die Leitung der Industrie aber den Gewerkschaften übertragen. Die Gewerkschaften sollen „die anerkannten Beauftragten der Allgemeinheit auf wirtschaftlichem Gebiet“ sein. Die beiden Führer des englischen Gildensozialismus G. D. H. Cole und W. Mills drücken das in ihrer Schrift „Gildensozialismus“ (Rheinland-Verlag, Köln) so aus.

„Der Prüfstein des Gildensozialismus ist seine Bereitschaft, die Leitung der Industrie in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Dem Staat als dem Vertreter der Allgemeinheit will er nur noch das Recht des Einspruches und der Kritik zuerkennt. ... Er glaubt, daß diejenigen, die in einer Industrie tätig sind, gerade die richtigen sind, um diese Industrie im Interesse der Allgemeinheit zu leiten. Jede Gilde ist in ihrem besonderen Industriezweig die berufene Vertreterin der Allgemeinheit.“

Und in einer weiteren Schrift („Gildensozialismus“, Verlag von Kaden u. Co., Dresden) äußert sich G. D. H. Cole über den Unterschied zwischen den heutigen Gewerkschaften und den zukünftigen Gilde wie folgt:

„Eine Gilde, wie wir sie uns denken, würde sich dadurch von einer Gewerkschaft unterscheiden, daß sie die Gesamtheit der Arbeiter, Experten, Angestellten, Kopfarbeiter und Handarbeiter jeder Art umfassen würde — eben alle Arbeiter, die nötig sind, um diese Industrie wirksam zu betreiben im Dienste der Allgemeinheit. In unserer Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung haben wir immer dieses Ziel vor Augen. Wir versuchen immer, eine Organisation zu schaffen, die nicht nur fähig ist, den Kapitalismus zu stürzen — was eine verhältnismäßig leichte Sache ist —, sondern den Kapitalismus zu erlegen, was eine viel schwierigere Sache ist. Deshalb versuchen wir, nicht nur die verschiedenen Zweiggewerkschaften der Handarbeiter zu Industrieverbänden zusammenzufassen, sondern auch diese Gewerkschaften in möglichst enge Beziehung zu den Gewerkschaften der Kopfarbeiter und Techniker zu bringen mit dem leichten Ziele, die Gesamtheit der Arbeiter in den verschiedenen Industrien zu einer einzigen Organisation zusammenzufassen.“

Der zweite Punkt, in dem sich eine Gilde von der heutigen Gewerkschaft unterscheidet, besteht nach Cole darin, „daß die Gilde in der Hauptsache sich nicht mit der Verwaltung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befassen würde, sondern mit dem Betrieb der Industrie. Die Hauptarbeit der Gilde läge nicht in Schutzmaßnahmen, nicht in gemeinsamer Einkauf, nicht in Sicherung des Lebensstandards ihrer Mitglieder: Sie würde bestehen in der Herstellung der Güter, in der Sorge für wirksame und taftige Betriebsführung, in der wirtschaftlichen Leitung und Selbstverwaltung der Industrie.“

Der Gildensozialismus, für dessen allmähliche Durchführung die zwei großen englischen Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Eisenbahner bereits schwere Kämpfe geführt haben, geht somit andere Wege, als sie der Gewerkschaftsförderung in Nürnberg für die deutschen Gewerkschaften festgelegt hat, indem er es ausdrücklich ablehnte, die Gewerkschaften zu Trägern der Produktion zu machen. Er hat dafür Wirtschaftsförderung gesfordert, in denen die Arbeiter und Unternehmer partizipativ vertreten sein sollen. Welcher der beiden Wege der richtiger ist, wird die Entwicklung lehren. Ich persönlich bin der Auffassung, daß auch die deutschen Gewerkschaften auf die Dauer um die Führung der Wirtschaft nicht herumkommen werden, wenn sie ihre Existenzberechtigung später nicht verlieren wollen. Tatsächlich beschäftigen sie sich heute schon lebhaft mit wirtschaftlichen Dingen. Besonders im Bauwesen ist die Umstellung der Gewerkschaften zu neuen Aufgaben lebhaft im Gange. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben sich die Verbände der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten schon jetzt an die Größe der werdenden sozialen Bauwirtschaft gestellt, wie dies auch die englischen Bauarbeitergewerkschaften durch die Gründung von Baugilden getan haben.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Die Zeit der Rosenbälle ist für die Theater schon immer nicht gerade die gebräuchliche gewesen. Der Besuch läßt dann in der Regel etwas nach. Diesem Umstände glaubt es wenigstens angemessen zu stellen, daß Lucius Meisteroper "Liebe" am Sonntag im Parkett aufwändig viele leere Plätze aufweist. Das war umso mehr bedauerlich, als sich die Vorstellung auf außerordentlicher Höhe hielt. Den Dichter Rudolf, den im vergangenen Jahre Marion gab — die einzige Rolle, die jemals erfüllt wurde — überwältigend glänzenden Stimmtypus dieser Person verfügte — lang am Sonntag mit leichter Tenor Gerrit Biller. Da er in den letzten Wochen wenig in Anspruch genommen worden ist, mochte seine Stimme einen recht frischen Eindruck. Er gab Töne von getadezt entzückend warmem und feinen Schmelz von sich, ohne allerdings Marion's Glanz erreichend. Auch im Spiel befriedigte sein Rudolf durchaus, so daß er einen hübschen Künstlergeist auf der ganzen Bühne bei dem Sonntagsgespann erzielte. Wenn, einst Frau Anna Rosberg, lange Zeit nicht so viel Söhneleid im Ton, als ihr eigen ist, ihr Spiel war ungemein toll. Die Muette, die sich mal die dicke Brust gab, sonst Elsa Buchholz sehr erfolgreich. Ihre Darstellung trug vielleicht Jürgen jener Gesicht, welche die Georg in der bekannten Romanerie aus "Die Stimmen einer Berliner Dame" literarisch festgelegt hat. Mit diesen Nebenrollen in Spiel und Gesang meinte Rosel die gewöhlten Lebewesen in ihrer "Berlin'sches" literarisch festgelegten. Sie gewährte die Georg in der bekannten Romanerie aus "Die Stimmen einer Berliner Dame" literarisch festgelegt hat. Mit diesen Nebenrollen in Spiel und Gesang meinte Rosel die gewöhlten Lebewesen in ihrer "Berlin'sches" literarisch festgelegten.

Die Rosenbälle soll Zukunft, Lust und Freude. Schon jetzt ist den Kindern des Flusses vergegen. Sie war grausig. Die Stille ist wild — die Wunden klagen Ritternach. — Die Schwester schreit und ist dort, die läuft — Eins zieht hin, gefüllter. Schwester schreit. Diese Stunden füllten die Seele. Bis eines Nachts das Schiff ein Ende nahm und jeder Blutspritzer aus dem Schiff schwamm zurück.

Scene war die erste, die dem dunklen Geiger zerfiel. Als er den kleinen Karlo betraute, machte sie noch im Wahnsinn. Er sprach den Zwischenfall hergeben, sie öffnete ihm und er fügte sie im dunklen Schlaf hinzu.

Die Augen blieben rotzweinrot. Doch in diesem Augenblick war es nur ob eine leere Stelle. Und es klang nicht mehr rotzweinrot, sondern der Gott war jetzt mit ihnen am Fluss hier. Über mit blutigen Augen lag er da zum Schwester schlafen. Sie wollte nun noch keine böse sein.

Die Augen blieben rotzweinrot. Doch in diesem Augenblick war es nur ob eine leere Stelle. Und es klang nicht mehr rotzweinrot, sondern der Gott war jetzt mit ihnen am Fluss hier. Über mit blutigen Augen lag er da zum Schwester schlafen. Sie wollte nun noch keine böse sein.

Die Geschäfte des Herrn Stinnes.

Bor einigen Tagen berichteten wir in einem Leitartikel ausführlich über die merkwürdige Rolle, die Stinnes in London gespielt hat, und die der „Frankfurter Zeitung“ Stoff zu schweren Anschuldigungen bot. Doch Stinnes sich gegen diese Anklagen nur schwach verteidigte, erwähnten wir ebenfalls. Das Auftauchen an der Stinneschen Verteidigung war das Fehlen jedes positiven Dementis, und das Verkriechen hinter die sogenannte „Vertraulichkeit“ der Londoner Besprechungen. Die „Frankf. Ztg.“ läßt aber nicht locker; in einem zweiten Artikel richtet sie unausweichliche Fragen an Herrn Stinnes. Dieser wird nicht um eine Beantwortung herumkommen, will er sich wieder nicht dem Vorwurf aussetzen, er habe in London etwas versucht, was gerade in „nationalen“ Kreisen als Vandalenverrat empfunden werden müßte. In diesem Artikel des Frankfurter Blattes heißt es u. a.:

Herr Stinnes bestreitet die Informationsmöglichkeit unseres Londoner Korrespondenten, weil die in Betracht kommenden Londoner Persönlichkeiten ebenso wie er wiede seien wie er selbst. Was sei die Darstellung made in Germann, Produkt eines systematischen Felszuges usw. Wir können Herrn Stinnes hierauf mit Bezeichnungen aus dem Schimpfwörterlexikon seines Blattes antworten. Das ist nicht unser Ziel. Wir stellen deshalb in aller Ruhe fest, daß es einfach lächerlich ist, anzunehmen, daß man nur von Lord George oder von Lord Birkenhead persönlich etwas über die Londoner Vorschläge des Herrn Stinnes erfahren könnte. Von diesen Dingen weiß genau, wie es in der Tat der Fall war, eine ganze Anzahl von Männern in der City in Whitehall (Das Bank- und Handelsviertel und die Straße mit den Ministerialgebäuden). Abd. d. B.) Bescheid. Und unser Londoner Korrespondent hat hier bereits am Sonnabend auf den ersten Dementierungsversuch des Herrn Stinnes erneut bestätigt, daß es völlig undenkbar ist, daß seine englischen Gewährsmänner sich bei der Darstellung, die sie ihm geben, geirrt oder ihn gar willentlich falsch unterrichtet hätten. Es handelt sich dabei um Engländer in hervorragender Stellung und mit unmittelbarer Sachkenntnis. Über den Vorschlag des Herrn Stinnes zur Lösung der Januarkrise lagen ihm überdies sichbare Beweise vor. Also, mit der allerdings begüten Methode, daß man einfach alles abstreitet und den Zeugen zu diskreditieren versucht, ist nichts zu erreichen; um so weniger, als aus dem Verlaufe der Dinge, wie er in deutschen politischen Kreisen bekannt ist, sich absolut einwandfrei und zwingend ergibt, daß die Darstellung unseres Londoner Korrespondenten im großen gelehren zweifellos richtig gewesen sein muß. Einzelheiten mögen unvollständig, mögen mißverstanden sein — dann soll man es sagen. Aber man muß es konkret sagen und mit Tatsachen belegen.

Wir fragen also Herrn Stinnes:

Hat er in London seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen vertreten oder nicht?

Hat er in London für diese Eisenbahnpivatisierung durch die Behauptung Stimmung gemacht, daß aus diesem Wege das Eisenbahndesizit am schärfsten beseitigt werden könnte, oder hat er das nicht getan?

Hat er ferner in London für die Privatisierung der deutschen Eisenbahn dadurch zu wirken versucht, daß er dieses Projekt mit seinem anderen Plan für die Reorganisation der ost- und südeuropäischen Eisenbahnen verknüpft, und welcher Art war diese Verknüpfung?

Hat er endlich seinen Plan gegen die Reichseisenbahn in Verbindung mit dem Reparationsproblem gebracht, indem er auf der Basis der Eisenbahnpivatisierung Vorschläge für die Lösung der Januarkrise mache, und worin bestanden diese Vorschläge?

Im ganzen: Ist es richtig oder falsch, daß Herr Stinnes seinen in Deutschland vor der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung und zweifellos auch der politischen Parteien bereits zugediebenen Plan auf Auslieferung der Reichsbahn an die Privatunternehmung und das Privatkapital dadurch vorwärts zu treiben verucht hat, doch er in London, im Ausland, im Siegerland, Neigung für diesen Plan zu messen verucht?

Und hält er dies für eine zulässige Betätigung eines deutschen Reichstagsabgeordneten? Wir haben diese Fragen in den letzten Tagen immer wieder gestellt. Aber auch jetzt sagt Herr Stinnes noch immer nicht, was eigentlich an unseren bisherigen Bekanntmachungen falsch gewesen sein soll. Diese Haltung ist alles andere als imposant, sie ist dürrig und sie ist klein.

Mit Recht meint sodann die „Ztsf. Ztg.“, daß die „Vertraulichkeit“ der „Privatgespräche“, auf die sich Herr Stinnes beruft, um sein Schweigen zu begründen, ihn doch nur für die Antwort zu binden kann, die er von seinen englischen Partnern erhielt, sowie für die geschäftlichen Einzelheiten seiner Projekte, aber „nicht für die grundfachliche Linie der Vorschläge, die er selbst ihnen unterbreitet hat“:

Denn dafür ist ihm zu sagen, daß es kein Privatgeschäft ist, wenn er, der Industrieführer und Reichstagsabgeordnete, in London über die Zukunft der deutschen Eisenbahnen verhandelt, die eben vorläufig noch nicht Privatbesitz des Herrn Stinnes, sondern Eigentum des Reiches ist und die das Reich ihm auch jetzt nicht für ein Richteramt zu verkaufen gedacht. Herr Stinnes hat in London über Deutschland verhandelt. Und weil er tatsächlich eine gewaltige Macht in Deutschland hat, deshalb hat Deutschland das Recht und die Pflicht, sich darum zu kümmern, was er da verhandelt.

Schließlich wendet sich das demokratische Blatt gegen die Art, wie Herr Stinnes am Schlusse seines Briefes wieder einmal die gegenwärtige Regierung zu diskreditieren versucht, indem er die große Koalition als die Voraussetzung einer „distinktionsfähigen Unterchrist Deutschlands“ hinstellt. Auch wir halten es für geradezu unverantwortlich, wenn ein Mann von der wirtschaftlichen Macht eines Stinnes die Unterchrift der Regierung Wirth im voraus als international wertlos hinstellt.

Wenn die Regierung, die nach Genua fahren würde eine rein bürgerliche wäre, die Verpflichtungen ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft oder gar gegen deren Willen eingehen würde, so wäre eine derartige Bezeichnung schon eher am Platze. Welchen Lärm aber würde die „nationale“ Presse erheben, wenn die Arbeiterpresse auch nur aneutungswise auf diesen Mangel hinweisen würde? „Landsverrat!“ wäre da wohl nicht der stärkste Ausdruck, der uns entgegenschallen würde. Weil aber die Schwierigkeiten und gewisse Kreise der Hochfinanz gegenwärtig nicht in der Regierung sitzen, da rufen Herr Stinnes und die Seinen schon jetzt der Entente zu: Traut der Unterchrist des Kabinetts Wirth nicht, ohne uns kann es doch nichts erfüllen!

Aber dies ist nur ein Detail, dessen Bedeutung neben den ganz präzisen Fragen der „Frankfurter Zeitung“ an Stinnes verschwindet. Die Ausführungen des „Ausschreibens“ gegen die heutige Regierung und speziell gegen Dr. Rathenau am Schlusse seiner sogenannten „Antwort“ tragen allein deutlich die Merkmale eines recht plumpen Abenteuermanns. Diesmal aber gibt es kein Ausweichen mehr!

Und weit im Hintertreffen. Erst nachdem die Preissteigerungen sich allgemein durchgelebt und befestigt haben, kommen sie mit ihren Lohnforderungen. Die Erhebung der neuen Steuern wird die Situation noch verschlimmern. Wir haben also mit weiteren Streiks zu rechnen und einer entsprechenden Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens.

Wirtschaftswissenschaft.

Gleisende Eisenbahntarife.

Von Dr. W. Ruzynski.

(Nachdruck verboten.)

Am 1. Februar sind die Gütertarife um ein Drittel, die Personentarife um drei Viertel gestiegen worden. Damit haben die Beförderungspreise — gemessen an der inneren Kaufkraft der Mark — eine Höhe erreicht, die nicht mehr überschritten werden darf, wenn die Eisenbahnen überhaupt noch die Aufgaben erfüllen sollen, die man in zivilisierten Ländern an Staatsbahnen stellt. Änderungen der Tarife sollten daher künftig nur insoweit vorgenommen werden, als Änderungen in der inneren Kaufkraft der Mark dies unabdinglich notwendig machen. In der Vergangenheit ist hier viel gefordert worden. Es war ein Unding, daß im Februar 1920, als das Existenzminimum schon mindestens achtmal so viel kostete wie vor dem Kriege und die Kohlenpreise auf das Dreizehnfache gestiegen waren, die Personentarife durchschnittlich erst etwa $\frac{1}{2}$ mal so hoch, die Gütertarife nur 3 mal so hoch waren. Es ist aber auch unbedingt erforderlich, daß im Februar 1922, wo das Existenzminimum rechtlich doppelt und die Kohlen dreizehnmal so teuer sind wie vor zwei Jahren, die Personentarife etwa 6 mal, die Gütertarife fast 10 mal so hoch sind. Möglich war es etwas nur, weil früher starke innerpolitische Strömungen einer Erhöhung der Tarife im Wege standen, während jetzt die öffentliche Meinung — vielleicht mehr als gut ist — nach einer Besteigung des Eisenbahnverkehrs durch Steigerung der Einnahmen ruft. Die Tarifpolitik der Bahnen sollte künftig von derartigen Einflüssen möglichst befreit werden. Das neue Eisenbahnsfinanzgesetz arbeitet nicht in dieser Richtung. Vielmehr ist zu befürchten, daß der dort vorgesehene Vermögensrat, der künftig die Tarife festlegen soll, noch mehr als das bisher hierfür zuständige Verkehrsministerium politischen Einwirkungen zugänglich sein wird. Es erscheint mir daher zweckmäßig, eine mehr automatische Anpassung der Tarife an die innere Kaufkraft der Mark zu versuchen. Das Mittel hierzu wären gleitende Tarife.

Man könnte etwa daran denken, die Personentarife der Eisenbahnerlöne folgen zu lassen, die Gütertarife den Kohlenpreisen. Die Wahl dieser Maßstäbe rechtfertigt sich dadurch, daß die Eisenbahnerlöne mehr oder weniger die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung widerspiegeln und etwa ein Fünftel der Gesamtausgaben der Bahn ausmachen, während der Kohlenpreis mehr als der Preis irgend einer anderen Ware die allgemeinen Produktionskosten bestimmt und der Aufwand für Kohle auch annähernd ein Fünftel der Gesamtausgaben der Bahn darstellt. Da indes mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Kohlenpreise einmal aus einem besonderen Anlaß, z. B. in Folge Erhöhung der Kohlensteuer, unverhältnismäßig stark gestiegt werden, dürfte es sich empfehlen, bei Bewertung der Gütertarife den Kohlenpreis mit einer andern Größe — vielleicht der Einfachheit halber wiederum mit dem Eisenbahnarbeiterlohn — zu kombinieren. Man würde also etwa bestimmen: die Personentarife und Gütertarife vom 1. Februar 1922 bilden die Grundtarife, die bis auf weiteres unverändert bleiben. Steigt oder sinkt der tarifliche Eisenbahnarbeiterlohn gegenüber dem Stand vom 1. Februar, so werden alsbald die Personentarife um den gleichen Prozentsatz, die Gütertarife um die Hälfte dieses Prozentsatzes erhöht oder herabgesetzt; steigt oder sinkt der Steinkohlenpreis, so werden alsbald die Gütertarife um die Hälfte des prozentualen Veränderung des Steinkohlenpreises erhöht oder gesenkt; Tarifänderungen, die weniger als 10 Proz. ausmachen, werden nicht durchgeführt, aber selbstverständlich bei einer später fälligen werdenden stärkeren Veränderung mitberücksichtigt. Nehmen wir an, der Standardlohn steige am 1. Februar 1922: 10 M. die Stunde, der Tonnenpreis der Standardlohle 600 M., und es würde der Standardlohn am 1. April 1922 auf 11,50 M. d. h. um 15 Proz. der Preis der Standardlohle am 1. Mai 1922 auf 720 M., d. h. um 25 Proz. steigen. Dann würden die Personentarife am 1. April 1922 um 15 Proz. erhöht, während die Gütertarife zunächst unverändert blieben, da die Erhöhung von 7½ Proz. die an sich in Frage käme, als zu geringfügig nicht durchgeführt würde; am 1. Mai aber würden die Gütertarife um diese 7½ Proz. und außerdem um die Hälfte von 25 Proz., also insgesamt um 20 Proz. zu steigen sein. Durch die Einführung einer solchen oder einer ähnlichen gleitenden Tariftafel könnten die bei dem heutigen Schwanken des Marktwertes immer wiederkehrenden Beratungen über Tarifveränderungen fast ganz entbeht und willkürliche Entscheidungen vermieden werden.

Die Wirtschaftsursachen der Streiks.

Von Parvus.

In dem soeben erschienenen Heft der „Globe“ veröffentlicht Parvus einen Aussatz „Fiskalische Katastrophen“. Parvus glaubt, zahlenmäßig die Aussichtslosigkeit der deutschen Steuerpolitik nachweisen zu können und im besonderen deren verheerende Wirkung auf die Wirtschaftslage der Arbeiterschaft. Hierzu macht er die nachstehenden Ausführungen.

„Die deutschen Arbeiter hatten 1921 bessere Zeiten. Die Löhne waren zwar im ersten Halbjahr etwas gesunken, doch auch die Preise. Vor allem aber hatten die Arbeiter volle Beschäftigung. Die Zahl der Familienangehörigen, die von einem Erwerbstätigen zu ernähren war, wurde auf diese Weise heruntergedrückt. Das dritte Quartal brachte mit dem Marktzug auch Lohnsteigerungen. Diese blieben aber weit zurück hinter der Preissteigerung. Wir sehen das am besten bei den Bergarbeitern, die ja anerkanntermaßen die führende Schicht der deutschen Arbeiterschaft sind. Der durchschnittliche Schichtlohn der eigentlichen Bergarbeiter im Kohlenbergbau hat sich im dritten Quartal 1921 gegenüber dem zweiten Quartal von 63,22 M. auf 68,63 M. erhöht, also nicht ganz um 9 Prozent. Dagegen war der Index der Großhandelspreise in Deutschland im Juni 1921 und im September 2067. Die Steigerung der Warenpreise betrug demnach fast 50 Prozent. Seitdem hat sich die Situation noch stark verschärft. Die Indexziffer war im Dezember 3487, sie hat sich seitdem behauptet und zeigt eine ausgesprochene Tendenz nach oben.“

Und auf diese fast verdreifachten Lebensunterhaltungskosten soll, neben den gestiegenen Wertspreisen, jetzt auch noch die budgetäre Mehrbelastung von 100 Milliarden Mark kommen. Was wird die Folge sein? Entweder der Verbrauch und die Produktion gehen zurück, mit ihnen auch die Staatseinnahmen, und die auf dem Papier erreichte Ausbalancierung des Budgets geht in die Brüche, — oder es steigen die Warenpreise, es steigen die Löhne, infolgedessen steigen die Warenpreise erst recht, es steigen die Beamtengehälter und die sonstigen Ausgaben des Staates, und das Reichsbudget geht wiederum in die Brüche.

Wie sehr unter der Verminderung des Verbrauches die Steuererträge leiden, zeigt ein Vergleich unserer Einnahmen aus den meist bestenarteten Artikeln vor dem Kriege und gegenwärtig.

Es betragen, in Dollars umgerechnet, die Steuereinnahmen des Reichs:

Steuerobjekte	Einnahme in Millionen Dollars		
	1921/22	1922/23	1921/22
Bier	2	6	57
Branntwein	3%	10	56
Zucker	0,8	6	45
Sämtliche Einfuhrzölle	28	40	221

Der Zolltarif ist dabei für 1922/23 bereits in Gold gerechnet. Die Biersteuer ist nach dem Etatsvoranschlag für 1922/23 im Vergleich zu den Steueraufnahmen vor dem Krieg um 2200 Prozent gesteigert worden, die Branntweinabgabe um mehr als 5000 Prozent, die Zuckersteuer um 600 Prozent.

Wir haben also mit der Steigerung der Verbrauchssteuern infolge Verminderung des Verbrauchs nicht eine Steigerung, sondern eine gewaltige Verminderung der Staatseinnahmen erzielt. Die Situation ist jetzt so, daß nach den neuen Steuererhöhungen Kaffee, Tee, Kakao, wie die Regierung mit Recht hervorhebt, für den Verbrauch weiter Kreise nahezu ausgeschlossen sein werden. Damit sinken aber nicht nur die Steuer- und Sollstrände aus Kaffee, Tee, Kakao, sondern auch die Steuererträge aus Zucker, außerdem leiden der Handel, die Zuckerproduktion, die Landwirtschaft usw.

Auf dem Wege der weiteren Verminderung des Verbrauchs erreichen wir nur eine Verminderung der Produktion, eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, eine Verminderung der Erträge der gesamten Volkswirtschaft. Die Frage steht so: entweder unser Steuersystem bricht zusammen, oder unsere Volkswirtschaft. Und wenn unsere Volkswirtschaft zusammenbricht, dann das Steuersystem erträgt. Darum ist es nicht nur wahrscheinlich, es ist vielmehr ganz sicher, daß der Hauptausweg aus der Sackgasse in der Steigerung der Löhne und Preise gefunden werden wird.

Die Geschäftswelt hat sich bereits auf die neuen Steuern eingestellt und diese in die Kalkulation für das kommende Betriebsjahr eingerechnet. Die Abwälzung wird glatt vor sich gehen. Anders bei den Arbeitslöhnen. Die Arbeiter müssen sich erst mit den Unternehmern auseinandersetzen, bevor sie zu einer Lohnsteigerung gelangen. Die gegenwärtige Streitwelle ist erst der Vorboten der kommenden Dinge. Sie ist nicht durch die neuen Steuern bedingt worden, die ja noch nicht in Kraft getreten sind, sondern durch die Teverung, die nach dem großen Marktzug im Herbst eingetreten ist. Man kann deshalb auch nicht den Arbeitern den Vorwurf machen, daß sie leichtfertig Lohnforderungen aufgestellt haben. Sie haben vielmehr mehrere Monate gewartet in der Hoffnung, daß die Preise vielleicht doch noch nachlassen werden. Sie

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Februar. Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

14. Febr. 11. Febr.

Amsterdam	100 fl.	757,240	745,280
Büssel (Antwerpen)	100 Prs.	164,935	163,335
Kristiania	100 Kr.	3886,65	3281,70
Kopenhagen	100 Kr.	4155,80	4045,90
Stockholm	100 Kr.	3269,70	3174,80
Helsingfors	100 finn. Mt.	405,55	40,05
Rom	100 Lire	970,50	969,50
London	1 £	881,60	868,10
New York	1 Doll.	202,79	199,20
Paris	100 Frs.	178,25	170,25
Zürich	100 Frs.	3966 —	3901,05
Madrid	100 Pesetas	8156 —	8131,85
Wien	100 K.	6,95	6,85
Budapest	100 K.	51,01	50,41
Prag	100 K.	388,60	375,10

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Kreisstaat Elberfeld und Neukirchen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meister & Co., Familie in Elberfeld.

inden durch den „Elberfelder Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Elberfelder Volksboten“.

Advertiser

13. bis 18. Febr.



Während der „Weißen Woche“ auch alle anderen Artikel zu sogenannten billigen „WW-Preisen“. • Mengenabgabe müssen wir uns vorbehalten. • Beachten Sie bitte unsere Inserate und Schausenster. • Sehenswerte Innendekoration!

Weisse Wäschestoffe

Während der „W. W.“ besonders preiswert
Stickereistoffe Vollvoile Zephit
Volants Punkt - Mull Knabenstoffs
India - Mull frotté Schürzenstoff
Seiden batiste Panama Brokats
Opaline flotte - Rips Körper - Futter
Glas - Batiste Popeline Gaze
Schleierstoff, weiß, doppelt breit, gute Qualität Meter 45,-

Damenhüte + Kinderhüte usw.

Kinderhauben in vielen Farben	19.50
Kinderhauben in Plüscher	45.-
Garnierte Damenhüte	125.-
Garnierte Damenhüte	185.-
Übergangshüte	158.-
Knaben-Sliegermützen, blau	27.50
Knaben-Sportmützen, blau	16.50
Knaben-Sportmützen, farbig	29.75
Mattockenmützen, blau, für Knaben u. Mädchen	27.50
Unterrock aus gestr. Baumwollstoff, pliss. Volant 65.-	
Unterrock aus gestr. Satin, mit schönem Volant 85.-	
Kinderkleidchen farbiger Webstoff, mit Schleife tragbar, grün, l. 8-12, M. 10-12, L. 12-14. 158.-	

Bilder + Noten + Bücher.

Bilder, ungerahmt, Kunstdrucke	45.-
Bilder, Skulpturen	95.-
Kunstwappen	95.-
Noten, Salonstücke, Märkte usw.	1.95
Jugend-Album für Klavier	2.95
Bücher, Reisebücher, Romane, Biographien usw. 1.95 1.95 95.- 65.-	

Offizielle Anforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Bergabgabe zur Kapitalertragsteuer für das Rechnungsjahr 1921.

Auf Grund dieser Anforderung zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung verpflichtet der in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 fällig gewordene Hauptabgabetermin der nachstehenden Art bezogen dar:

- a) Die Bruttobeträge von inländischen und ausländischen Waren und Dienstleistungen einschließlich der Abgabenzöl, sofern es sich um Kapitalanlagen handelt und
- b) Bruttogehalte aus ausländischen Kapitalanlagen (insbesondere Distanzien, Güten von freiberuflichen Beratern, Betriebs-, Geschäftsführern usw.).

Zur Durchführung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung sind befreit, unberücksichtigt der Abgabe des Haushalts, im Einzelfall die Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung zu verzögern:

- a) Berufen, betreut Haushalte, Haushalte nicht mehr als M. 5.000,- beträgt, wenn sie älter als 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig und nicht die vorübergehend benötigten für ihren Lebensunterhalt durch eigenen Gewerbe zu betreiben und bereits bei den jeweiligen Haushaltserhebungen zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung bis Wolfe Aussicht hat

Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer nach § 44 des Einkommensteuergeges erreicht haben.

- b) die in §§ 101, 102 der Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragsteuergeges (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1921 S. 718) bezeichneten Gläubiger, insofern sie mit den im § 33 der Ausführungsbestimmungen bezeichneten Beiträgen nach § 3 des Gesetzes von der Steuer befreit sind

sowie andere nach § 3 des Gesetzes von der Steuer befreite Gläubiger insoweit

- c) für die im § 33 der Ausführungsbestimmungen bezeichneten Kapitalerträge eine Freihaltungserklärung erbracht haben.

Somit eine Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung besteht, in die Kapitalertragsteuererklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung abzugeben. Soweit eine Bergabgabe zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung nicht besteht, ist von natürlichen Personen die Kapitalertragsteuererklärung für sich in der Zeit vom 1. Februar bis 15. März der Jg. abzugeben.

Richtet die Steuererklärung in ein amtlich vorbehaltener Vorbrück zu bringen. Diese Vorbrück werden den Steuerpflichtigen mit den Vorbrücken für die Einkommensteuererklärungen durch die Post zugestellt. Zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung benötigt, einen Vorbrück nicht geschickt wird, müssen so rechtzeitig bei dem für ihre Bergabgabe zuständigen Finanzamt einen Vorbrück abfordern, daß sie ihre Kapitalertragsteuererklärung noch innerhalb der vorgegebenen Frist abgeben können.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen bis M. 500,- zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Bußgeld bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Die Frage einer etwaigen Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf Grund des § 44 des Einkommensteuergeges wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer entschieden.

Die Hinterziehung der Kapitalertragsteuer wird mit einer Geldstrafe im einfachen bis anwaltlichen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Danach kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Bekanntmachung der Verirrtung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden. Strafbar ist auch eine jährlich bewußte Verkürzung der Kapitalertragsteuer.

Zürich, 10. Februar 1922. (13070)

Das Finanzamt.

1. breiter, gehäckster woll
Schal v. d. Burg. gef.
Utzsch. Blaudr. 28. I.
(13074)

Berlauer am Donnerstag Herrenruh von De-
rengasse-Dummersdorf
Gegen Belohnung abzu-
geben. (13078)
Von. Herrenruh.

Wangen, Höhe, unge-
wöhnlich vertikal sofort bei
Mensch u. Tier. 100.000
mal bewährt. „Nicol-
da“ auf. gleich. Wert. (13079)
H. Wiese, Hegdienstr. 4.

Parfümerien + Schmuck usw.

Lilienmilchseife	3.95
Mandelseife	3.95
Fliederseife	7.-
Echtes Kölnisches Wasser	14.- 20.-
Kleiderbürste, extra hart	12.75
Kopfbürste, extra hart	14.50
Zelluloid-Seifenschale	2.75
Weißer Handspiegel	13.-
Mod. Halsketten, Elfenbein-Jmit. 6.75 9.- 10.50	
Kinder-Halsketten	2.45 3.75 5.50
Moderne Ballfächter	4.75 7.75 9.- 12.-
Seidenbeutel, bestickt	29.75
Moderne Broschen	1.95 2.95

Großes WW-Angebot in Schuhwaren

Damen-Spangenschuhe, schöne Form, hohe Absätze	85.-
Damen-Stoffschuhe, weiß und beige, Pumps und Spangen, gute Ledersohle, hoher Absatz ..	38.-
Damen-Schürschuhe, vorzügliche Qualitäten, mit und ohne Lacklappe, elegante Formen ..	145.-
Damen-Stiefel, Kindbox, Derby Schnitt, schöne strapazierfähige Qualität ..	125.-
Damen-Stiefel, Röckchen, moderne Machart, erschwingliche Qualität ..	145.-
Damen-Stoff-Hanschuhe, mit Ledersohle und Absatzleder ..	13.50
Herren-Stiefel, Lack u. Boxkalf, oparte Form, erstl. Fabrikate, Goodyear-Welt (Nahmenarbeit) 275.-	
Burschen-Stiefel, Kindbox, vorzügliche Qualität, sehr strapazierfähig, Größe 36/39 ..	118.-
Kinder-Stiefel, Röckchen, fröhliche Ware, Größe 27/30 ..	72.-
Kinder-Stoff-Spangenschuhe, weiß, gute Ledersohle, Größe 22-26 ..	15.-
Kinder-Ohrenschuhe mit Filz- und Ledersohle, Größe 24-29 ..	11.50
Arbeitsstiefel, reine Leder-Sohlensohle, Kappen und Absätze ..	165.-

Reell und billig!

Reinm. Unterh. 35. 55.M.
starke Bokalose 98.-M.
alte Parch.-Hand. 65.-M.
blaue Schlosserhof. 48.-M.

Großer Boten
he-re-, Busch-
und Kinderstiefel billig.

Araber Rohnessel 18.50.M.
Reit Kleiderparch. 13.50.M.

Kauf-Franz Wehrendt,
Batauerlonr. 35.
(13049)

Gesucht zum 1. März
1. Tagessmädchen. (13052)

Tesschau. Gr. Burgstr. 9. II.

Tüchtige
Arbeiterinnen

für Abteilg. Braterie
und Marinieranstalt

gesucht
Paul Lohrmann,
(13071) Hundestr. 95.

Gesucht zu Dielen ein

Cehrling

für (13041)
Fahrräder und
Nähmaschinen.

O. Dortmund,

Hackenburger Allee 1a.

Suche einf. möbliertes

heizbares Zimmer. Ang.
unt. L. Sa. d. Exp. (13030)

Gieg. n. Dom.-Maske-

nkum zu verm. (13069)

Blumenstraße 18, I.

Wegen Inventur Verkauf sämtlicher Tapeten

zu dauernd (13081)

billigen Preisen.

Holsten-Drogerie

Carl Nicol,

Fernstr. 3479

Reiferstr. 11.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 14. Februar.

Aus der Bürgerschaft.

Die Beere in der Staatskasse. — Steuerschen. — Notwilde Spieker. — Agrarische Noblesse. — Das Finanzelend. — Noch keine Schulreform. — Die Verurteilten im Flaggoprozeß.

Wie in allen Einzelsstaaten und Stadtparlamenten, vergeht keine Sitzung, ohne daß nicht an den Staatsädel große Anforderungen gestellt werden. Hamburg z. B. verzeichnet diese Woche die Summe von 75 Millionen Mark. Auch wir in Lübeck wissen von den ungeheuren Anforderungen ein Liedchen zu singen. Wir wissen auch, wie schwer es hält, den Notwendigkeiten des Staatsgetriebes nachzukommen. Noch schwieriger wird die Lage, wenn es gilt, in den leeren Staatskassen hin und wieder etwas hineinzutun. Da weht sich alles mit Händen und Füßen, um möglichst ungeschoren davon zu kommen. Insbesondere die sogenannten Staatserhaltenden, oder wie es heute heißt, die Aufbauparteien, leben noch in dem alten Wahn, daß die Volksmassen nur zum Bluten da sind. Es handelt sich hier um einen Utopismus, der durch einen künstgerechten Überlaß doch einmal aus dem kapitalistischen Körner entfernt werden muß. Den Anstoß dazu können aber nur die Reichstagswähler durch eine ernsthafte Korrektur des letzten Wahlergebnisses geben. Die Heilquellen der Einzelsstaaten sind durch die Reichsneugesetzgebung beeinträchtigt. Was an steuerlicher Erfassung übrig bleibt, reicht nicht allzu weit. Und doch bleibt uns kein anderes Mittel, als alles zu holen, was zu bekommen ist, wenn der Staatskredit noch hochgehalten werden soll. Es ist auch für die stärkste Fraktion, die sozialdemokratische, keine leichte Aufgabe, Steuern zu zustimmen, die den Arbeiterhaushalt fühlbar belasten und sie hätte absolut nichts dagegen, wenn aus den Reihen der Gegner einer imstande gewesen wäre, bessere Vorschläge zu machen. Aber es war keiner da, und auf den bequemen Standpunkt der Kommunisten, einfach alles abzulehnen, kann sich eine Partei nicht versteifen, die dafür mit zu sorgen hat, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte ihr Gehalt ausbezahlt erhalten und bescheidene Mittel auch für soziale Aufgaben flüssig werden. So viel zur sachlichen Erklärung.

Zur Erhöhung der Staatseinnahmen lagen zwei Anträge vor: die Gewerbesteuer und die Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise. Diese Forderungen gaben verschworenen Arbeiterfeinden vom Schlag Rosenquist Gelegenheit, den ganzen Haß gegen die Reiter des Staates aus dem Herzen zu schütteln und sich bei den bürgerlichen Senatsmitgliedern als Schutzwall gegen die rote Flut anzubiedern. Würde der Mann, für den andere Leute an der Hobelbank arbeiten, auch nur ein Quentchen Verständnis für entwicklungsgeschichtliche Tatsachen besitzen, dann könnte er nicht wie ein gestochener Vogel in einer leichten Aufwallung gegen die Sozialdemokratie losspringen. Aber gegen Dummheit kämpfen Götter vergebens. Wenn Herr Rosenquist, dessen Klagespiel über den Gewerbestand mehr oder weniger mit einem Ausfall gegen die Konsumvereine der Arbeitsgemeinschaften Schlosser und der Demokrat Ambrosius bestimmt, seinen Rotschäffchen etwas zügeln könnte, dann würde er nicht nur der parlamentarischen Regel gerechter, sondern er könnte sich sogar den Anschein geben, daß er in der langen Wirkungszeit einiges gelernt hätte. Nach seinem Vorstoß gegen die sozialdemokratischen Senatsmitglieder haben wir allerdings jede Hoffnung begraben. Uebrigens ist es gar nicht wahr, was Schlosser und Rosenquist über die gute Lage des Arbeitstandes gesagt haben. Tatsache ist dagegen — und dies wurde vor Jahresfrist von einem maßgebenden Unternehmer öffentlich festgestellt —, daß

sich das Handwerk in den letzten Jahren gesund gemacht hat. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen Ambrosius' über die Neuverpachtung des Steinrader Hofs und es schien uns, daß die Ausführungen gegen die Vorwürfe vom Senatstrichter etwas lenken sollten. Die Agrarier sind ja mit allen Hunden gehetzt und verstehen das Schreien. Sie verstehen auch, dem Staat das Notwendigste von ihrem er-gatterten Gewinn vorzuhalten. Das ging aus den Auseinandersetzungen Senator Kalbrenner's deutlich genug hervor.

Zu den beiden mit einander in Verbindung stehenden Vorlagen sprachen unsere Genossen Steinberg und Schulz. Genosse Steinberg erläuterte dem Arbeitsgemeinschaftler Schlosser den Sinn des Gewerbesteuergesetzes und gab deutlich zu verstehen, wo die Steuerdrücker berger mit ihren Schülern im Reiche sitzen. Da sich, wie bekannt, die Kommunisten durch den Mund Heilborns von jeder Verantwortung drücken, bewies ihnen Genosse Schulz ihre Courage der prinzipiellen Steuerschen. Es ist, so sagte ihnen unser Sprecher, kein Kunststück, alle Einnahmen abzulehnen und die Ausgaben zu bewilligen. Unter dieser Politik haben gerade die Minderbemittelten am schwersten zu leiden, und wenn wir nach dem kommunistischen Rezept (dessen Echtheit die tapferen Streiter heute erst bezweifeln) verfahren würden, könnten Beamte und Arbeiter schauen, woher sie die Bezahlung für ihre Arbeit erhalten. Die Linke wie die Rechte des Hauses vergibt vollkommen, daß wir ungeheure Verpflichtungen der Entente gegenüber haben. Die Kommunisten versuchten die Realpolitik unserer Fraktion mit einer uns zugeschobenen Stinnesfreundschaft abzutun. Sie sollten mit derartigen Behauptungen etwas vorsichtiger sein. Stinnes und in neuerer Zeit auch der Kruppzonen sind in Russland gut angesehen und unsere Freunde von links harmonieren recht oft mit den Deutschnationalen, was auch an diesem Abend in konkreto erwiesen wurde.

Eine Reihe weiterer Vorlagen gab zu manchen Auseinandersetzungen. Der Kommunist Nickel las einen Volkszeitungsartikel über Mißhandlungen eines Parteifreundes im Allgemeinen Krankenhaus vor. Genosse Drege geizte das unsoziale Verhalten der Rechtsanwälte ihren Angestellten gegenüber. Dr. Hau ging auf die juristische Frage der Verförderung des Telegraphenamtes ein — sie wurde von Herrn Klein entschieden bestritten — Genosse Wollrad verwandelte sich für entsprechende Vergütung auswärtswohnender Bürgerschaftsmitglieder und des Vorführers, forderte weitere Zentralisierung aller privaten Wohlfahrteinrichtungen und Genosse Schermert verlangte endlich deutliche Fortschritte im Schulwesen. Seine Forderungen gipfelten in einem Antrag Beck und Genossen. Dazwischen das deutsch-nationale Fräulein Kolze gegen jeden erkennbaren Fortschritt im Schulwesen ist, ergibt sich aus ihrer Parteizugehörigkeit von selbst. Ihre Mitgliedschaft bei einem reaktionären Lehrervereinchen bestätigt diese Tatsache noch besonders. Zuzustimmen ist der Forderung des Volksparteiers Gebhardt, ob für industrielle und gärtnerisch benutzte Ländereien weiterhin Steuererleichterungen bestehen sollen. Wir halten das letztere für einen großen Unfug. Denn welch großen Gewinn die gewerbsmäßig erzeugten Gartenprodukte abwerfen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Es ist kaum glaublich, wie hier die Mäßigung vor sich geht.

Dann wäre noch ein Wort über das zu Beginn verlesene Senatsdekret über die Verurteilung der beiden Flaggendemonstranten zu verlieren. Der Senat ist einer Amnestie aus dem Wege gegangen. Er hält sie zweier Personen wegen für überflüssig und beschritt den Weg der Begnadigung. Wir müssen den Wortlaut des Dekrets abwarten, da dessen Verlelung am Freitag nur strichweise zu verstehen war. Als die 10. Stunde ihren Kreislauf beendete, ging Genosse Hau noch in wirkungsvoller Rede auf die vom Reiche beliebte Handhabung der Beamtenbesoldungsverhältnisse ein und forderte ernsthafte Einspruch der Länder. Die Vorlage wurde nach dem Antrage Beck verabschiedet.

ein philosophisches Nachdenken über die Nichtigkeit der irdischen Dinge geschehen sei? Machen wir den Beobachter.

Nur einen Korridor und ein Vorzimmer von ihr entfernt, summt, rauscht, lädt, flüstert die Gesellschaft, klappert mit den Spielmarken, webelt mit den Fächern, macht Verbeugungen und Gestikulationen; kurz, ist in völiger Beschwörung, die Summe von Tönen, Phrasen und Bewegungen hervorzubringen, die von einem großen Zirkel mit billiger Nachsicht eine genügsame Unterhaltung genannt werden.

"Aber, meine liebe Theresia", sagt die Frau des Hauses aus einer Gruppe von Herren, die sie umgeben hat, zurückülpfernd und drei zusammen plaudernde Damen unterbrechend, "wir müssen durchaus eine bevölkerungsläufige Ampassade abhalten, um Katharina holen zu lassen; die Herren zetteln sonst eine Verschwörung an, es herrscht eine dumpfe Gärung unter ihnen, die im Begriffe steht, in helle Flammen des Aufruhrs auszubrechen."

"So wollen wir Herren von Schemmen abholen", sagte die Angeredete, eine kleine blonde Dame mit sommerlichen, verträumten Augen, welche Stifterin und Präsidentin des Mopsordens war.

"Gib einmal acht, was die Katterbach für Augen machen wird; hast du ihren Kopfspuß schon betrachtet? er ist wie der babylonische Turm, ein unvollendetes Wunder der Welt", setzte sie flüsternd hinzu.

"Die hängenden Gärten der Semiramis, aber im Spätherbst", sagte eine dritte Dame.

"Herr von Schemmen!" rief die erste lauter.

Herr vom Schemmen näherte sich der Gruppe, machte eine Verbeugung und sprach in einer Stellung, die zwischen militärischer Kriegerabrede, Steifheit und anmutiger Nachlässigkeit etwas unsicher hin und her schwankte.

"Was befahlen Sie, meine Gnädigsten?"

"Meine Freundin Theresia will sich an Ihrem Anblick erfreuen; sie behauptet, Sie könnten so außerordentlich schön stehen, Herr von Schemmen."

"Sehr gepflichtet, Frau Gräfin."

"Aber diesmal will ich Sie nicht allein stehen sehen, sondern Sie sollen auch gehen", hob die Ordenspräsidentin an.

"Nur nicht aus ihrer bezaubernden Nähe, meine Gräfin."

"Aber wir sind unsre vier", warf die jüngste Dame ein, die noch nicht gesprochen hatte; "es gibt nur drei Gräfinen!"

"Welche die Venus umgeben", sagte Herr von Schemmen.

"Das ist abweglich von Ihnen, da werfen Sie den Zankapfel der Eris zwischen uns, wer Venus ist! Und Sie stehen ganz ruhig da, in dem höheren Bewußtsein, daß niemand nahe, der Ihnen den Spott streift machen könnte."

"Ich bewundere Ihre mythologischen Kenntnisse", sagte der Apoll in der prachtvollen Lodengalerie und dem saffronbraunen, gekleidten Rock, der vielmehr anders war als der lustige Leutnant, den wir auf Dioppeahl kennen lernten, der Hoch- und Wohlgeborene Herrscher des heiligen römischen Reiches. Er war in die Residenz getommen, um sich in seinem neuen Glanze zu sonnen und um der Langeweile des stillen Gutes im Bergischen zu ent-

Mietwucher bei Unter Vermietung.

In der Monatschrift "Arbeit und Wohlfahrt", herausgegeben von der hamburgischen Behörde für das Arbeitsamt, schreibt Baurat Dr. Brand:

Die Klagen über Wucher bei der Unter Vermietung einzelner leerer Räume häufen sich immer mehr. Viele Wohnungssuchende, zumal junge Ehepaare, die noch lange auf die Zuweisung einer eigenen Wohnung warten müssen, sind darauf angewiesen, ein vorläufiges Unterkommen in ein bis zwei Räumen als Untermiete zu finden. Leider scheitert aber auch diese notdürftige Unterbringung meist an der hohen Miete der fraglichen Räume. Wenn sich auch viele der Untermieter, die von ihrer eigenen Wohnung einzelne Teile abgeben, in einer Notlage befinden und durch die Unter Vermietung einen wesentlichen Nebenerdienst verschaffen müssen, so sind doch in manchen Fällen alle Merkmale des Wuchers vorhanden. Zum Beispiel hat, wie einwandfrei festgestellt wurde, eine Familie in einem Engenhaus eine leere Dachkammer an eine alleinstehende Frau ohne jede Nebenleistung für 70 Mark monatlich vermietet, während sie selbst für ihre Dreizimmerwohnung einschließlich der Dachkammer 50 Mark Miete zahlt. Oder in einem anderen Falle läßt sich eine Familie für ein leeres Zimmer monatlich 100 Mark ohne irgend welche Nebenleistung geben, während sie für die ganze Dreizimmerwohnung nur 60 Mark an Miete bezahlt. In betartigen Fällen, wo der bezahlte Mietpreis in einem auffälligen Misverhältnis zur Leistung steht, liegen die Voraussetzungen für eine Strafverfolgung vor. Schwieriger ist die Frage, wenn mit dem Untermieterverhältnis Nebenleistungen verbunden sind, deren Wert sich schwer abschätzen läßt; dazu gehört sowohl das Vorhalten von Möbeln oder Wäsche, als auch das Reinigen und Heizen der Räume, die Mithilfenzug der Küche oder sonstige Nebenarbeiten. In vielen Fällen wird es kaum möglich sein, den Wert der Nebenleistungen genau abzuschätzen und den Wucher zu beweisen.

Gegenüber diesem Mietwucher versagt die Mieterschutzgesetzgebung im allgemeinen. Die Verordnung des Reichsministeriums gegen den Wucher bei der Vermietung von Mieträumen kommt für die vorliegende Unter Vermietung überhaupt nicht in Frage. Allerdings ist es dem Untermieter möglich, innerhalb 14 Tagen nach Abschluß des Mietvertrages diesen wegen der Höhe der Mietforderung anzufeuern und beim Mietvereinigungamt die Neufeststellung eines angemessenen Mietpreises zu beantragen. Im allgemeinen wird aber der Untermieter hieron wenig Gebrauch machen, da sich seine Lage gegenüber dem Vermieter durch einen solchen Antrag nicht gerade verbessert. In besonders trassen Fällen ist es möglich, einen Strafantrag wegen Mietwucher auf Grund des § 302 e des Strafgesetzbuches zu stellen, wenn die Voraussetzungen des Strafgesetzbuches erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind im wesentlichen folgende: Erstens muß sich der Untermieter in einer Notlage befinden, soweit es seine Unterbringung angeht. Es muß auch eine gewisse persönliche Nüchternität vorliegen; für den dummkopfigen Ausländer oder für Personen, die einen übermäßigen Lebensaufwand treiben, wird die Notlage nicht als gegeben angesehen. Dann muß der wuchernde Mietzins tatsächlich an den Untermieter ausgezahlt oder jedenfalls durch einen Mietvertrag festgestellt sein. Es genügt nicht, wenn der Untermieter zwar einen übermäßigen Mietpreis gefordert hat, der Vermieter ihn aber nicht erkannt hat oder gar nicht eingezogen ist. Und endlich muß der tatsächliche Mietzins erheblich geringer sein als der verlangte Mietpreis. Sowohl diese Voraussetzungen vorliegen, empfiehlt es sich, den Fall mit allen Nebenumständen möglichst genau bei der Behörde für Wohnungspflege, die an Ort und Stelle die Angaben nachprüfen und gegebenenfalls bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen wird.

Wenn in Lübeck der Mietwucher auch nicht ganz so frak wie in Hamburg in die Errscheinung getreten ist, so steht doch fest, daß einige Untermieter ganz extreme Mietpreise für einzelne Zimmer fordern. Das heutige Wohnungsamt soll jetzt vor einiger Zeit genötigt, öffentlich vor einem solchen Mietwucher zu warnen.

Zur Beachtung für Seelente! Bom Deutschen Transportarbeiterhand. Abteilung Seelente, wird uns folgendes mitgeteilt: "Bei der Hamburg Amerika Linie ist ein größerer Posten Gefährdet eingetroffen, das von in den Vereinigten Staaten in Zivilgefange-

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücke

28. Fortsetzung.

Es kommt eine Zeit, wo die Illusionen schwinden und das Leben in seiner nackten Wirklichkeit vor uns tritt. Nichts in der Welt mag öfter ausgesprochen sein; aber die meisten, die es aussprechen, sagen es andern nach, wenn irgendeine ihrer Hoffnungen zerschlägt, irgendein Missgeschick ihre Wege kreuzt; die wenigen mögen die Behauptung aus eigener innerer Erfahrung aussprechen, weil sie nie viel Illusionen gehabt haben, die schwinden können. Die meisten finden das Leben so, wie sie es sich immer gedacht haben, nicht weil es wirklich so wäre, sondern weil ihnen das Vermögen fehlt, zu sehen, zu fühlen, wie es wirklich ist. — Es gehört Phantasie und Gefühl dazu, Illusionen zu haben; sich eine Unendlichkeit von Glück durch Liebe, von Glanz durch Gedankenheit, von Schönheit durch Gotterfüllheit ins Leben zu träumen, alles das nahe, erfährt vor sich zu wähnen, zu schwelgen in der Freude darüber. Und nun zu der unfertigen Reise des Gedankens und der Erfahrung zu gelangen, welche die innere Schädigkeit des Weltlaufs durchschaut, die sich selber als unabsehbare Weisheit und Überzeugung gestehen muß, daß alle Illusionen eben Illusionen waren, daß nichts von all dem schönen Glauben, in dem man glücklich gewesen ist, sich erfüllt; — das heißt, jene Begeisterung in ihrer vollen Wahrheit; das ist, was stinkt, häumerisch und traurig macht; das heißt, den Königsmantel, den das Leben um die Schultern geschlagen hat, weggerissen und darunter den mundgeprägten Rücken sehen; es heißt, die türkische Braut keiner Zukunft, die verhüllt und verschleiert einem angebaut ist, endlich gewußt und liebebedürftig ihrer Stirnbinden, ihrer Schleier beraubten dürfen und — eine gelbe, schmuckige Sklavin finden.

Jeder Mensch, der so über die Schwelle seines Illusionenbaues geführt wird, durchmischt den umgelehrten Lebenslauf, den der Sänger vor Florenz magte; er tritt aus der Vita nuova seiner Jugendhoffnungen in das alte Leben, welches die Welt lebt und während jener in dem neuen Leben anfangt zu denken und zu philosophieren, drängt sich dem andern das Denken in dem alten Leben auf; für die Poësie, die ihm entrißt wird, greift er nach einem für seine Ruhe gefährlichen und schlimmen Surrogat, der Philosophie.

Die Philosophie einer Frau ist — mit wenigen Ausnahmen der männlichen Geister unter ihnen — gefälschte oder unbefriedigte Liebe; oder es ist der Druck des Müßigganges ihrer Gefühle, der auf ihnen liegt, und wie das Druckwerk einer Wasserkunst die Springbrunnen ihrer Gedanken öffnet und in vollen Gärten aufblühen läßt. Die Liebe macht sie poetisch und ihr Schwinden philosophisch; und indem wir uns wieder zu unserer Heimat wenden, fragt es sich also, ob ihr Sinnen ein poetisches Träumen oder

gehören; wie er sagte, um seine Braut in die Welt einzuführen und sie eine Badefur in den Düften der feinen Sitte gebrauchen zu lassen, die ihm selber nebenbei auch nicht schaden konnte.

Der Kreisheit führt mit der Hand nach seiner Oberlippe und zieht sie gleich wieder hinunter, weil nichts mehr da war, das er hätte in Kräusel drehen können; der prachtvolle Schnurrbart war der Badefur gewichen.

"Herr von Schemmen, Sie sollen sich zu Fräulein von Blassenstein begeben und ihr den Wunsch der Gesellschaft vortragen, die sich nach ihrem Er scheinen sehnt", sagte die Dame des Hauses.

"Sie sollen zu ihr gehen als Herold des Monsieurs, der einen Aufzug seiner Untertanen befürchtet," fiel Gräfin Theresia ein.

"Als Ordensherold, als Toison d'Or!" sagte die jüngste Dame.

"Nicht als Toison d'Or, als Mops d'Or," verbesserte die Präsidentin.

"Folledien Sie mich mit dem Zepter dieser Würde, erlaubte Großmeisterin." Herr von Schemmen beugte sein linkes Knie.

Die Stifterin des Ordens, — der im Vorbeigehen gelegt, nichts als ein Dameschär war, obwohl er zu jener Zeit viel zu sprechen wußte — nahm ihren goldenen Mops ab und schlang ihn um den Nacken des Kreisherren von Schemmen. Die Gruppe verkrüppelte sich; alle wollten stehen, wie Schemmen Ordensherold wurde.

"Es steht ihm sehr gut," lachte einer der Herren.

"Sie sind zum Mops d'Or wie geschaffen. Schemmen," lachte ein anderer.

"Sie sollten ihn auf Lebenszeit dazu ernennen, hoch gebietende Dame vom Kapitel," rief ein dritter Sarkastisch.

Der Herold sollte unterdes seinen Auftrag auszurichten. Nach einer Weile kam er wieder, auf seinem Gesicht einen leuchtenden Ausdruck der Genugtuung zeigend, welche ihm die allgemeine Aufmerksamkeit verschaffen mußte, deren geschmeidtester Gegenstand er an diesem Abende geworden war. An seinem Arme führte er Katharina von Blassenstein.

Sie berührte ihre näheren Bekannten unter den Damen, sie hörte die Anreden der sie umschwebenden, umfaßenden Herren an und stand wie eine Königin in der Mitte dieses aislanten Hofstaates, der übrigens sich etwas uneremoniös um sie drängte. Nur Herr von Schemmen hatte unerträglich an ihrer Seite Posto gesetzt; die andern arbeiteten augenscheinlich darauf hin, ihn fortzuschieben, er aber machte durchaus nicht einsehen, weshalb er nicht auch Katharinen bewundern lassen sollte, daß er so schön stehen konnte, wie die Dame des Hauses gelöst hatte. Unterdes hatte Katharina von Katterbach von ihrem Taburett hinter einem Spieltisch her, auf dem alles in Bereitschaft lag, eine sehr unterhaltsame Partie zu machen, waren nur Partner für sie dagewesen — die ganze Gesellschaft zu beobachten, volle und ungestörte Muße. Sie war in einer sehr urangenehm Gemütsstimmung. Seit dem ersten Abende, an welchem sie mit ihrem Verlobten dem Stiftskreulein von Blassenstein vorgestellt war, hatte diese sehr unsterbenswürdig scheinende Dame ein sehr wohl berechnetes

gesellschaft gewesenen Schiffsgestellten der Hamburg-Amerika-Linie bei ihrer Rückkehr in die Heimat drüber zurückgelassen werden mußte. Die Gepäckstücke lagern in der Gepäckhalle der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg, Glodengießerwall, neben dem Hauptbahnhof, wo sie von den in Hamburg und Umgegend wohnenden Eigentümern gegen Vorzeigung genügender Ausweispapiere in Empfang genommen werden können. Auswärts wohnende setzen sich am besten sofort mit der Gepäckabteilung der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg I., Musterdamm 25, in Verbindung, unter genauerer Angabe der Anzahl und Art des erwarteten Gepäcks. Fragebogen können zweckmäßig von der Gepäckabteilung der Hamburg-Amerika-Linie direkt bezogen werden."

Wie die volksparteiliche Presse Schmuckkonkurrenz betreibt. Im Coleman-Verlag erscheinen neben dem Generalanzeiger auch die Übersee-Neuesten Nachrichten. Sie betreiben ausgesprochen volksparteiliche Politik und bilden auch das offizielle Organ der hiesigen Volkspartei, der Herren um Behn. Ohne

den Kapitalistischen Generalanzeiger wäre es ein noch unüberbautes die L. N. R. über Wasser zu halten; es wäre denn, daß die Volkspartei, die in diesen Sachen bestmöglich nicht faulig ist, selbst reicht sie in die Banknotentasche griffe. Togewoher muß das Geld doch kommen, denn die Herausgabe einer Tageszeitung verlangt heute ungesehene Summen. Trotz der sich täglich steigenden Umlästen für die Zeitungen bringen es die L. N. R. sertia, entgegen allen Abschätzungen der Verleger die schändlichste Schmuckkonkurrenz zu betreiben und schon heute die Bezahlung bis zum Kuriest zu legen. Der Coleman-Verlag schlägt Abonnentenrabatte vor, die auf billige Rabattmarken hauptsächlich in Arbeitshäusern das volksparteiliche Papier anstreifen und den Volksbören zu verdampfen suchen. Mit Hegen zwar keine Sturz, daß sich den leidende Arbeiter durch Unterhaltung verleiten lassen, an Stelle des ihre Interessen vertretenden Blattes nun eine Zeitung zu halten, das ausgesprochen großkapitalistischen Geichlen folgt, können aber nicht umhin, das eigenartige Verfahren zu gefallen, mit dem die aufblähenden L. N. R. ihre reaktionäre Politik an den Mann zu bringen versuchen. Es muß natürlich mit dem Abonnementstand der L. N. R. bestellt sein, wenn sie ihre durch gewaltige Unterdrückung zu befreien suchen. Die Arbeiterschichten, unter denen besonders in Industriezierteln agitiert wird, bezahlen das Papier aber trotzdem viel zu teuer, und würden auch keinen Vor teil davon haben, wenn sie es ganz umsonst erhielten. Denn der Inhalt ist wie bei dem Zwillingsschuster Generalanzeiger offen reaktionär und bezweckt nur, die Leiter aus dem Arbeitervorstande zu verdunnen. Keiner einfältige Arbeiter wird sich darüber freuen, daß die billige Ausstellung einen Hintergedanken hat, und daß auch der Coleman-Verlag nichts berücksichtigen kann und nichts verbünden will. Dieser wird schon wissen, wie er das Geldwerk an die Leiter wieder einbringt. Die Frauen tun gut, sich nicht auf die Reduktionen gerissener Geschäftsmacher einzulassen und den volksparteilichen Mäzenen die richtige Antwort zu erzielen. Das Reizvolle des Volkes verliert nur der Lübecker Volksbote.

Rückblick bleibt Gründertag der in der letzten Bürgermeisterei-
sitzung vom Senatoren-Satzung bestaffelte Schlußvotum von
1921 der Lehrerinnungverein und der Rektoratssenat überreichten
der Oberhauptsbehörde folgende Stellungnahme: „Elternbeiräte müssten
wir um das Schulziedens zu lassen nicht befürworten aber die all-
gemeine Einrichtung von wöchentlichen Unterrichtsstunden, in denen
die Eltern einzeln mit dem Richterleiter wegen ihrer Kinder Rücksicht
beraten können, Selbstverständlichkeit wollen wir Rücksicht und
im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auch durchaus selbständige Lehrer-
persönlichkeiten, aber die Selbstverwaltung der Schule durch ihren
gesetzlichen Leiter darf sowie die (niedrigst gar nur auf Zeit geltende)
Wahl des sogenannten Reiters durch das Kollegium lehnen wir
ab, weil dann das fröhliche und ehrwürdige Zusammensetzen
durch die Rektoren aufhören, der Niedergang des Schulwesens
aber beispielhaft ist. Sollte die Oberhauptsbehörde die Ansicht bezüg-
lich der Selbstverwaltung und der Elternbeiräte der Lehrenden fassen
lernen wollen, so erachten wir eine Übereinstimmung auf Grund
bestimmter Grundsätze. Der Lehrerberein von 1921: W. Wentorf,
Der Lehrerinnungverein: Marie Rolge, Der Rektoratssenat:
E. Böller.“

1 Mark für die Briefabhandlung von Postleistungen. Die Bezeichnung der Briefleistungen an die Empfänger bleibt jetzt grundsätzlich ohne bedeutendes Rechensymbol. Wenn man von der Bestellung keinen Gebrauch mehr macht, um die Sendungen postlagernd am Gründes vorzubringen, so müssen dafür für jedes einzelne Stück 50 Pf. mehr bezahlt werden. In Wirklichkeit bedingt jetzt diese Gebühr nicht das Doppelte, 1 Mark. Die Postlegergebühr ist durch die neue Bezeichnung jetzt dem 1. Januar den Veränderungen des Postgebührenrechts unterworfen. Im Gegenzug zu letzter wird also auf die Postlegergebühr verzweigt, wenn sie nicht vom Empfänger entrichtet wird. Ein Leiter, der Postlegernde Sendungen bekommt, weiß, daß die Werteszahlung dieser Postlegergebühr von dem Empfänger nur ausnahmsweise geleistet. In der Regel muss der Empfänger keine Sondergebühr nachzahlen, so daß also in den meisten Fällen die Spur 1 Mark dafür verlornt. Eine Sendung bis 50 Gr. kostet so 1,50 MkL eine Postkarte am Ort 1,75 MkL vor abweichen 2,25 MkL ein Brief am Ort 2,25 MkL ein Brief von auswärts 3 MkL.

Ritter: „Die zweite Sache“. Dieser Ultra-Film befiehlt die Zulieferer, ob es unter Führung des betriebslichen Betriebsrates zur Befreiung der Zulieferer von Dr. Staudinger und

Dr. Thomalla hergestellt. Er zeigt in sehr anschaulicher und trotz seiner Länge niemals langweiliger Weise die Statistik der Erkrankungen und Todesfälle, die Gefahren der Ansteckung und ihre Vermeidung, die Art derstellung der Diagnose und die Behandlung der Tuberkulose durch Licht, Lust und gute Ernährung und in geeigneten Räumen durch die Anstellung eines Pneumothorax. Geschickt sind in die Filme schöne Landschaftsbilder eingesetzt, die die Lungenheilstätten und Waldbergholungsstätten zeigen. Aufführung durch die Lübeder Lichtspielgemeinde in Gemeinschaft mit dem Lübeder Ausschuk für Volksgesundheit am 16. Februar in den Stadthallen und am 17. Februar in den M.-Sichtbühnen, Künzhausen. (Vergl. heutige Anzeige.)

Ausfahrende D-Züge. Von heute Dienstag ab fallen einschließlich wieder folgende D-Züge Hamburg-Lübeck-Stettin aus: Der D-Zug morgens 8.20 ab Hamburg, 9.21 an Lübeck und der D-Zug von Stettin abends 7.15 ab Lübeck, 8.20 an Hamburg. Diese Maßnahme ist wegen Lokomotivmangels bei der Reichseisenbahn notwendig geworden.

Gleisbericht. Der Dampfer „Aegir“ ist deshalb in Rönne (Bornholm) eingelaufen, um günstigere Eisverhältnisse abzuwarten. Dampfer „Mira“ und „Finland“ sind infolgedessen noch nicht ausgefahren. Die Fahrrinne durch die starke Eisdecke auf der Straße wird durch Eisbrecher offen gehalten.

Bar Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlaugung zur Kapitalertragsteuer für das Jahr 1921 veröffentlicht im Finanzamt eine Bekanntmachung, auf die wir hiermit verweisen.

Die Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung hiebt am Montag eine ordentliche Generalversammlung im Kolosseum ab, um über die Auflösung und Liquidation der Genossenschaft zu beschließen. Die Versammlung war, wie die Westfälische Bürgerliche Presse berichtet, nach Aufzeichnung der Anwesenheitsliste nur von 252 Genossen besucht. Da laut der Sagungen ein Drittel der 4699 eingetragenen Genossen gleich 1563 anwesend sein müssen, um einen gültigen Beschluss fassen zu können, so erwies sich die Versammlung als beschlußunfähig. Es ist daher erforderlich, eine zweite Versammlung zu berufen. Diese wird am Sonnertage nächster Woche im Marmorsaal stattfinden. In dieser Versammlung wird, unbedacht der Anzahl der erschienenen Genossen, ein rechtsgültiger Beschluss gefaßt werden.

Ein habiger Mensch trieb vor einigen Tagen in einer unserer Vorstädte sein Unwesen. Ein Einlogierer, der bei einer Witwe Wohnung genommen, und diese angeblich demnächst heiraten wollte, schien aber wenig Rücksicht zu der Frau zu haben, denn er zerstörte ihre ganze Wohnungseinrichtung. Als der Mann eines Tages in Abwesenheit der Logierwirtin deren Wohnung besetzte, schlug er mit einem Beil die ganze Wohnungseinrichtung samt dem Bett in Stüde. Der Unhold schlug auch auf die Frau ein, als diese ihn bei der Verstößung überraschte. Sie mußte fliehen, blieb aber infolge der erlittenen Schläge auf der Straße bestimmtlos zusammen und wurde schließlich von Nachbarn aufgenommen. Inzwischen war die Polizei von Anwohnern herbeigeholt worden, doch war der Täter bereits verschwunden. Als nun die Polizei den Namen deshalb feststellen wollte, so ließ sich heraus, daß die Witwe nur den Vornamen des Mannes kannte. Nach drei Tagen fand der Hauewirt beim Beerenen der in einem Hintergebäude liegenden Wohnung den Mann auf dem Vorplatz an einem Türrahmen erhängt vor. Er hat sich anscheinend aus Furcht über seine Nutzen das Leben genommen.

ob. Grauheit nad festgestanden wurde ein Arbeiter auf
Rönigshöf, der seitens der dortigen Staatsanwaltschaft wegen
des tödlichen Verbrechens verfolgt wurde.

geb. Diebstahl eines Pelzmantels. Am Freitag wurde auf einer Villa vor dem Wühnhaus ein Herrenpelzmaatel aus einem Sack mit Getrockneten und Zobeldelhütterung gefunden. Der Geschädigte sichert für die Wiederherbeschaffung des gestohlenen Pelzmantels sowie für die Errichtung des Täters eine nachhafte Belohnung zu.

ob. Wem gehört das Fahrrad? Im Juli v. Jg. wurde einem entjöttingenen Strafgefangnen bei seiner Festnahme ein gut erhaltenes Fahrrad Marke „Eppel“ abgenommen, welches wie später festgestellt, von den Eppelwerken Nürnberg stammte und von einem Flagebürger Händler verkauft worden war. Das Fahrrad, welches graue Felgen, verstellbare Überlegung und Rücktrittkrempe hat und offenbar von einem Diebstahl herstammt, wurde im Bureau der Kriminalpolizei sicher gestellt. Der rechtmäßige Besitznachweis des Fahrrades, der erst in der Gegend von Flageburg wohnen dürfte, wird erlaucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu befinden.

s. Travemünde. Großer Sonntagsverkehr. Ein Besuch, wie an einem richtigen Feriensonntag, ja noch mehr, wie an Tagen großer sportlicher Veranstaltungen, hatte Travemünde am Sonntag aufzuweisen. Kein Wunder, wer möchte nicht gern die Ostsee in ihrem Winterkleide einmal geschen haben. Eine wahre Volkerwanderung war es, die nach Ankunft jeden Zuges der Travé und dem Meere auströmte. Während sonst gewöhnlich eine Maschine und 4 Wagen auf der Linie Lübeck-Travemünde verkehrten, waren gestern regelmässig 2 Maschinen und 12 Wagen nötig, um den Verkehr zu bewältigen. Die Straßenbahn hat ein übriges getan. Auch sie hat gewaltige Mengen Besucher nach Küstnig befördert, die von dort den Weg zu Fuß nach Travemünde mit einer Überfahrt über das Eis an der Giechenbucht angelitten haben. Die Abfahrt des Nachmittagszuges von Travemünde erfolgte statt 4.18 erst 4.58, damit die mit dem 8 Uhr-Zuge angekommenen Freunden Gelegenheit hatten, den Spaziergang zum Strandte in Ruhe zurückzulegen. Seit den neueren Jahren hat die Ostsee eine so atroze Eisstärke wie in diesem Winter nicht gehabt. Weit und breit kann sie von Travemünde aus ohne Gefahr begangen werden. Für den Schiffsverkehr wird durch Eisbrecher immer noch eine schmale Fahrrinne offen gehalten. Einige Dampfer die in der Bucht im Eise stecken geblieben waren, sind mittels Eisbrecher inzwischen in den Travemündeter Hafen eingeholt worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch wird anstatt „Die Ballerina des Königs“ „Götz v. Berlichingen“ gegeben und dafür Dannerslog zum ersten Mal; „Die Ballerina des Königs“ in der Titelrolle Krl. Eva Alice Gron. In dem wohlungsvollen Lustspiel von Bresber und Stein spielen außer Krl. Gron Herr Schiller den König Friedrich II., Herr Stein den Cacejti und Frau Opel die Mutter der Ballerina. Sonntag wird anstatt „Hädermaus“ „Götzen“ gegeben.

Hansa-Theater. Heute Dienstag 7½ Uhr: „Die Spanische Nachtigall“. Mittwoch die reizende Operette „Hochzeit mit Walzer“. Donnerstag zum ersten Male: „Er und seine Schwester“ und Freitag abends 8 Uhr ist das einmalige Gastspiel des sich auf der Durchreise zu einer Tournée durch Skandinavien befindlichen weltberühmten P. K. Kleinets. Wallerts.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Amerikanische Kongressmitglieder kommen nach Hamburg. Aus Amerika wird die Ankunft einer Abordnung der Kongressmitglieder Rodenburg, Britten und Burnell in Deutschland angekündigt, die für eine freundschaftliche Handelspolitik zwischen Amerika und Deutschland eintreten. Die Ankunft dieser Kongressmitglieder steht unmittelbar bevor. Sie werden eine Reise durch Deutschland unternehmen mit Unterstützung der diesseitigen Handelskammern. Das Ziel der Reise ist in hohem Maße von wirtschaftspolitischer Bedeutung. Es geht nicht nur um die Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen, sondern die Abordnung wird in ihrer Eigenschaft als Members of Congress den Eindruck, den sie von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und von ihren Sorgen und Schwierigkeiten erhält, dem amerikanischen Volk übermitteln.

Bremerhaven. Straßenbahnpfarrpreise. Um den neuen Lohnforderungen der Straßenbahner gerecht zu werden, beantragt die Straßenbahngesellschaft eine Erhöhung der Fahrpreise auf folgender Grundlage: 1. Der Tarif für die Strecke A soll von 1,50 auf 2 Mark erhöht werden, für die Strecke B von 1,75 Mark auf 2,50 Mark, für die Strecke C von 2 auf 3 Mark, für die Strecke D von 2,25 auf 3 Mark. — 2. Der Zuschlag für Abendjahren nach 8 Uhr und Sonn- und Festtagen nach 1 Uhr soll von 25 auf 50 Pf. erhöht werden. — 3. Der Tarif für die Nachtwagen soll für die Strecke A von 3 auf 4 Mark, für die Strecke B von 2,50 auf 5 Mark, für die Strecke C von 4,50 auf 6 Mark, für die Strecke D von 5,50 auf 6 Mark erhöht werden. — 4. Die Monatskarten für Kriegsbeschädigte sollen für die Strecke A auf 100 Mark, für die Strecke B auf 150 Mark, für die Strecken C und D auf 200 Mark erhöht werden. Die Berichtskommissionen der drei Städte Bremerhaven, Lehe und Geestemünde empfehlen die Annahme des Antrages mit der Abänderung, daß die Monatskarten für die Kriegsbeschädigten nur auf 75 Mark für die Strecke A, 100 Mark für die Strecke B, 130 Mark für die Strecken C und D erhöht werden.

Sübeder Bürgershaft.

b. Süßig, 13. Februar

Berlin-Mitte: 6. Schiers. Beginn 6.15 Uhr.

Zum Senatstheil wird ein Drittel verliehen, nach dem der
selben im Flaggens-Frage Berurtheilten die Strafe im Gnaden-
zege erlassen wurde. Eine Amnestie lösste dieses Einzelfalles
wegen nicht erlassen werden. — Ferner löst der Senat erklärung
lich eine gleichlange Grundlage für eine Erhöhung der laufenden
Gefangenenzölle nicht machen bei

1. Antrag: Erhöhung der Staatseinnahmen. (2. Lesung.) — Senator Dr. Scholz (Hsb.) wendet sich gegen die Befreiung der Konsumgenossenschaften aus der Gewerbesteuer. Man sollte in diese Beziehung den Ratshäger anziehen, der in Frage kommenden Wirtschaftsvertretungen mitzuhören. Die parteilose Arbeitsgemeinschaft vertrüffe sich nicht der Notwendigkeit erhöhter Staatseinnahmen, doch bezog die Gewerbesteuer Ungezüglichkeiten in sich, die besonders dem Gewerbestand zu Last fallen. Das hamburgische und auch das Elstettiner Gewerbevergleich würde nicht so klare Ausgänge wie das Lübecker. Sollte die Gewerbesteuer zur Defizitbelastung dienen, müßten auch alle Kreise dazu herangezogen werden, also die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die freien Berufe, die Konsumgenossenschaften. Der Staat müßte bei der drohenden Steuerkrise aus allen Kreisen schöpfen, wenn er finanzielle Sicherheit über sich wolle. Eine rückwirksende Kündigung beim Geisig nicht beigegeben werden. Beim Lübecker Gewerbevergleich dürften ja nicht einmal die Finanzen für das Kapital, eingerichtet, ob eigenes oder geliehenes, abgezogen werden. Der Arbeitnehmer stelle sich finanziell bedroht besser als der Hause Unternehmer. Bei einem Einkommen von 26 000 Mark hätte der Arbeiter mit den Bergabzugssätzen 500 Mark Steuer, während der Gewerbetreibende neben dieser Summe noch 20 000 Mark Gewerbesteuer bezahlen würde. Die parteilose Arbeitsgemeinschaft könnte der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen. — Senator Dr. Raffl bittet erinnert an die Belebung der Steuerlose Lübeck, seitdem das Reich die ergiebigen Steuern für sich beansprucht. Eine ganze Reihe von Städten habe höhere Soße für die Gewerbetreiber. Die Vorlage der Hamburger stecke bedrohte für die ganze Bevölkerung eine starke Belastung. Da erfreue es doch willig, wenn der Teil der Bevölkerung, der trotz aller Mühe gut durchgestanden sei, etwas stärker belastet werde. — Senator Dr. Grawert bestreite bei dem Geisig eine wesentliche Erhöhung der Steuerpflichten nicht. Die Rechtsprechung halte überall Vereine und Genossenschaften, die nur auf dem Kreis ihrer Mitglieder beschränft seien, der Gewerbetreiber aus. Die Konsumvereine sollten unverzüglich eine faire Einnahmeverteilung garantieren. Zur Nachfrage habe man sich aber beim Staatsrat auf des preußischen Briefes eingelassen.

willigen wie das Gewerbesteuergesetz in der vorliegenden Form dann müsse eine gründliche Prüfung erfolgen, um das Gesetz so weit wie möglich auszudehnen. — **Ambrosius** (Dem.) wendet sich gegen ein Gesetz mit rückwirkender Kraft. Man wolle mit der Zange aus gewissen Erwerbsgruppen alles herausholen, während andere frei ausgingen. Bemerkenswert war ja die Neuerung des Senats, daß der Versuch einer freiwilligen Pacht erhöhung bei den Stadtgütern gescheitert sei. (Zuruf: Das sind die Tärtier!) Zum 1. Mai sei das Pachtverhältnis für das Stadtgut Steinrader Hof abgelaufen. Es sei an den bisherigen Pächter ohne jede Konkurrenz weiter verpachtet worden. Der Mann bezahlte für 64 Hektar 3905 Ml. Pacht und habe noch 490 Ml. Rückvergütung erhalten. Jetzt werde der Pachtzins auf 400 Pfund Fruchtertrag pro Hektar festgesetzt. Der Preis werde nicht nach dem Weltmarktpreis festgesetzt, sondern von der Landwirtschaftskammer in Kiel. Bei der Verpachtung der vom Gute abgetrennten Parzellen sei pro Hektar ein Pachtvertragspreis von 1360—1700 Pfund pro Hektar erzielt werden. Auch bei den Verpachtungen sonstiger staatlicher Ländereien müßte mehr zu zahlt werden. — Senator Dr. Kalbreyne betont, die Pächter der Stadtgüter hätten sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Pachtgeld erhöhung verhalten, sondern nur über das Maß des Entgegenkommens seien die Meinungen auseinandergegangen. Beim Gut Steinrade habe man große Teile Land herausnehmen müssen, weil der Landhunger der Bevölkerung groß gewesen sei. Bei Verpachtung einzelner Parzellen werde immer ein höherer Preis erzielt. Eine Teilung des Hofs hätte allerlei Schwierigkeiten mit den Gebäuden ergeben. — **Steinberg** (Soz.) wendet sich gegen die Auffassung, daß der im Gesetz als versteuerbar angegebene Ertrag etwas anderes wäre als der Gewinn. Es handle sich hier um den Ertragsgewinn aus dem Gewerbebetrieb. Bei Ermittlung des Ertrages seien alle Betriebsunlusten abzuziehen, auch der Mietwert, Grundsteuer, Wertzuwachssteuer usw. Die Steuer wird nur von dem Überschuß erhoben. Das Einkommensteuergesetz wurde doch im Reichstag von Abgeordneten zugunsten derer geschaffen, die ein Interesse daran haben, möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Wie wenig Einkommensteuer eingeholt ist, kann ja auch bekannt, und wer in Steuerkommissionen tätig ist, wird gewahrt, wie sehr man sich bemüht, möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Wir müssen versuchen, die Kreise zu treffen, die eine Steuer am besten ertragen können. Je größer der Überschuß eines Gewerbes ist, desto höher ist der Prozentsatz und desto eher ist er in der Lage, die Steuer zu bezahlen. Für neue Betriebe sind Erleichterungen vorgesehen. Wenn wir aber die Steuergrenze von 10 000 auf 25 000 Mark festsetzen, werden die Einnahmen zu gering. Einnahmen müssen wir haben und sie doch holen, wo Überschüsse gemacht werden. — **Haut** (Soz.) beantragt Schluß der Debatte. — Die Vorlage wird nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der gesamten Rechte abgelehnt und das Cammergericht angenommen.

II. Antrag: Erhöhung der Staatsentnahmen. — Rosenquist (Arbg.) behauptet, den Gewerbestand drücken die Schuhe gewaltig, er könne jetzt auch hier keine Steuer mit rückwirksicher Kraft ertragen. Die linke Seite des Hauses habe für die Not des Gewerbes nichts übrig. — Heilborn (Kom.) mendet sich gegen die Vorlage, durch die die arbeitende Bevölkerung belastet werde. Seine Fraktion sei prinzipiell gegen jede indirekte Steuer. Sie finde sich damit in Übereinstimmung mit der Ansicht der sozialdemokratischen Partei bis Görlitz. Auch im Reichstag habe die sozialdemokratische Fraktion versagt, da ihr die Gesellschaft um Stinnes lieber sei. Redner beantragt, die Ermäßigung der Kostgeldsätze beim Allg. Krankenhaus bis zu Einnommen von 30 000 und bei der Heilanstalt Strehns bis zu Einnommen von 8000 Mark. — Schulz (Soz.) wendet sich gegen Heilborn und betont, dass die Kommunisten bisher jegliche Vorlagen, die neue Einnahmen bringen sollten, abgelehnt hätten, dagegen aber stets für vermehrte Ausgaben eingetreten sind. Eine solche verantwortungslose Politik könne die Sozialdemokratie nicht treiben, da dann ganz unethische Zustände eintreten würden, worunter gerade die Minderbemittelten am schwersten zu leiden hätten. Trotz mancher Bedenken werden wir in Abetracht der schlechten Finanzlage des Staates der Vorlage unsere Zustimmung nicht versagen können. Wir können nicht umhin, dem Staat zu geben, was er notwendig braucht. Der Staat, der die Wirtschaft hat, seine Arbeiter und Angestellten ausreichend zu besolden, muss in die Lage versetzt werden, diese Wirtschaft aufzurüsten zu können. Ja, der Staat muss jerner auch Mittel zur Erfüllung sozialer Aufgaben zur Verfügung haben. Wir kommen also nicht darum hinweg, für vermehrte Einnahmen zu sorgen. Die Gaspreiserhöhung von 20 Prozent bedeutet zweifellos eine starke Belastung der Minderbemittelten. Nachdem das Reich aber fast alle Steuerquellen für sich mit Beschluss belegt hat, müssen wir auf anderem Wege für höhere Einnahmen sorgen. Wenn auch die Aermster der Armen, die kein Gas in ihren Wohnungen haben, von der Erhöhung nicht betroffen werden, so bleibt dennoch eine erhebliche Belastung des übrigen Teiles der Minderbemittelten übrig. Fest steht aber, dass das Kochen mit Gas immer noch billiger ist als mit Petroleum, Holz oder Kohle. Die Erhöhung belastet aber nicht nur die Minderbemittelten, die sich nur ein langes Mahl leisten können, sondern vornehmlich auch die Besitzenden, die zur Herstellung ihres reichhaltigen Mahles große Mengen Gas verbrauchen. Für die Preiserhöhung der Elektrizität werden wir unbedenklich stimmen, da diese Erhöhung vornehmlich von den wirtschaftlichen Kreisen getragen wird. Um die Erhöhung der Kostgeldsätze in den Heilanstalten kommen wir angehoben der vorgelesenen Preissteigerungen leider nicht hinweg. Trotz der Erhöhungen ist der Staatszuschuss für diese Anstalten noch enorm hoch. Dass die Einkommengrenze für die Ermäßigung des Kostgeldes heraufgesetzt wird, bedingt schon die Geldentwertung. Eine weitere Heraufsetzung müssen wir darum ablehnen, da einige ledige Personen die vollen Sätze zahlen können. In Fällen einer besonderen Notlage kann jedoch jetzt Zahlungsnachlass gewährt werden. Da der Staat unbedingt Geld zur Sanierung der Finanzen und zur Zahlung ausreichender Röhne und Gehälter braucht, müssen wir in den lauren Apfel beißen und die Vorlage annehmen. — Niedel (Kom.) bestreitet, dass die angezogenen Richtlinien, nach denen sie arbeiten sollen, echt seien. In der kommunistischen Partei gebe es etwas derartiges nicht. Es handelt sich bei der Erhöhung der Gaspreise um eine Sondersteuer. Weiter geht der Redner auf einen in der Hamburger Volkszeitung erschienenen Artikel ein, der angebliche Kräfte Zustände im Allg. Krankenhaus gezeigt, wo Kranke nicht behandelt worden seien. Er beantragt die Einziehung eines Ausschusses zur Prüfung der Zustände im Allg. Krankenhaus und in der Heilanstalt Strehns. — Dinter (Arbg.) bemängelt die 10fache Erhöhung der Pachten für Lagerplätze. Man sehe hierin ein eigenartiges Gegenstück gegenüber dem Pachtvertrag vom Steinrader Hof. Rechtsgültig sei nur eine 45%ige Pachtpreiserhöhung. — Prof. Roth (DR) wendet sich gegen die Vorwürfe Niedels. Der mutmaßliche Verfasser des Artikels, Neumann, habe sich wiederholt Verstöße gegen die Hausordnung zuschulden kommen lassen und die Krankenschwestern bedroht. Das Verhalten Neumanns habe zu Szenen geführt, das Haus- und Sicherheitspolizei zu Hilfe gerufen werden müsse. Neumann, der Staatsangestellter war, verursachte später wiederholt wilde Szenen. — Heilborn (Kom.) erlässt, die Kommunisten könnten Einnahmen wie sie die Sozialdemokratie forderten, nicht bewilligen. Deren Lohn- und Gehaltstheorie stimme nicht. Die Staatsarbeiter und Beamten müssten aus den Steuern bezahlt werden, die die Besitzenden bezahlen. — Die Senatsvorlage in der Fassung des Haushaltsschlusses wird angenommen. Der Abänderungsantrag der Kommunisten wird abgelehnt.

2. Antrag: Verkauf eines Bauplatzes an den Lübecker Gewerbeverein. — Rosenquist (Arbg.) fordert, dass die bürgerlichen Senatoren den Handwerkern, die doch den Raum gegen die Sozialdemokratie bildeten, mehr Entgegenkommen bei Freiheiten zeigten. — Senator Kuhnenkamp weiß die Vorwürfe zurück. Die Vertreter des Senates erscheinen nicht als Parteimänner. Die Wahl zur Erstellung einer Senatsdelegation geschiehe nach geschäftlichen Gründen. — Rosenquist (Arbg.): Das sei gerade das Bedauernliche, dass ein sozialistischer Senator entstandt worden sei. Der Bürgermeister hätte selbst kommen müssen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

3. Antrag: Ausbau der Gebäude auf dem Grundstück Roedtsche Straße 50 zu Wohnungen und zu einer Jugendherberge. — Steinberg (Soz.) gibt das Ergebnis der Ausführungsberatung bekannt. Es leute auf Bewilligung der geforderten Mittel. — Senator Brömme betont, das Jugendamt sei sich immer seiner Aufgabe bewusst gewesen. Es arbeite schon seit 1913 mit einem Ausschuss in der Jugendpflege und Jugendbewegung. Eine Hauptaufgabe sei die Beschaffung von Unterkunfts-Räumen für die Jugend, die Bekämpfung des Schandes in Wort und Bild, des Jugendliches usw. Die vermehrten Aufgaben erfordern die Anstellung eines staatlichen Jugendpflegers. — Wendorff (Dem.) macht auf die Unzulänglichkeit der Badeanstalten aufmerksam. Eine Rendierung könnte bei der Badeanstalt an der Krähenstraße gelingen werden, die dem Schwimmunterricht der Schüler zugute käme. — Kann (Kom.) fragt, wie es mit der Überlassung von Schulräumen an die Kommunistische Jugend stehe. — Vom Senat wird erwidert, dass die Frage in der Oberschulbehörde geprüft werde. — Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: Ueberprüfung der für die Umplanung der dritten Wallstraße benötigten Mittel. — Wird angenommen.

5. Antrag: Erlass eines zwölfjährigen Nachtrages zum Lübeckischen Gerichtskostengeges vom 12. 11. 1914 und eines vierjährigen Nachtrages zur Gebührenordnung für Notare vom 12. 11. 1916. — Niedel (Kom.) stellt den Antrag, der Bürgermeister eine Vorlage einzubringen, die Zeugengebühren der Zeit entsprechend zu erhöhen. — Dr. Gebhardt (DR): Die Zeugengebühren können nur vom Reich festgelegt werden. Angemessen sind sie heute nicht mehr. Auch das Gerichtskostengeges entspricht der Geldentwertung nicht mehr. Für Millionenbeträge brauchten nur wenige hundert Mark Kosten bezahlt zu werden. Die Gerichtskostengebühr über einen Schiffsvorfall an das Ausland brachte nur 25 Mark ein. Dabei handelte es sich um ein Wertobjekt von über 1000 Mark. — Niedel (Kom.) führt seinen Antrag das Wort "reichsgesetzlich" ein. — Dr. Gebhardt stellt ein Schreiben, ein Gesetz betr. Änderung des Lübeckischen Gerichtskostengeges vorzulegen. Die Anträge werden angenommen. — Dr. Wagner (Soz.) bestreit darauf, dass sich die Lübeckischen Rechtsanwälte weigern, einen Tarifvertrag mit ihren Angestellten abzuschließen. In Abetracht der Gemüthsfreudigkeit der Bürgermeister dürften sich auch die Anwälte der Notwendigkeit nicht verabschließen, mit ihren Angestellten einen Tarifvertrag einzugehen. Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag: Nachbewilligung für den Bau eines neuen Fernsprechgebäude im Polizeidienstgebäude. — Haun (Soz.) behandelt die erhöhte Forderung des Telegraphenamtes vom rech-

lichen Standpunkt aus. Es handele sich um eine Überschreitung von 800 %. Nach Treu und Glauben hätte das Telegraphenamt dem Polizeiamt vorher Mitteilung machen müssen. Da die Rechts- und tatsächliche Lage nicht genügend geklärt sei, beantragt er Überprüfung der Vorlage an den Haushaltsausschuss. — Klein (Dem.) stellt die Frage, ob die Fernsprechleitung in dem Umfang notwendig war. Die ersten Angaben seien von Beamten des Telegraphenamtes nur unverbindlich gewesen. Im Laufe der Ausführung der Arbeiten seien die Pläne mehrfach geändert worden und man habe auch gesagt, es komme auf die Höhe der Kosten nicht so sehr wie auf die Sicherheit der Anlage an. — Die ursprünglichen Kosten seien wesentlich höher. — Senator Mehlsein ist der Ansicht, dass der Vertreter des Polizeiamts mit dem Beamten des Telegraphenamtes rechtsverbindlich verhandelt habe, wobei ausdrücklich die Summe von 3000 Mark festgesetzt worden sei. — Nach weiterer Ausprothese, an der sich Mehlsein und Klein (Dem.), Dr. Haun und Senator Mehlsein beteiligen, wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

7. Antrag: Altersversorgung der Lehrerinnen Heilde und Büders. — Wird angenommen.

8. Antrag: Versicherung der Mittel für die Kleinkinderschulen. — Frau Greve (Kom.) stellt den Antrag, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, wonach die Kleinkinderdächer in Staatsverwaltung übernommen werden. — Vom Senatlich wird erklärt, dass die Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit die Kosten nicht mehr aufbringen könne. — Wolfradt (Soz.) fordert die Errichtung einer Zentralstelle und die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der privaten Fürsorgeeinrichtungen. Für das laufende Jahr werde seine Fraktion die Mittel für die Waldschule noch bewilligen, in Zukunft müsse die Schule aber von der Zentralstelle übernommen werden. Die Hilfe der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit soll fortan verkannt werden, doch müsse alle derartigen hiesigen Einrichtungen der Staat übernehmen. Er hofft, dass die Kreise, die bisher Unterstützungen gegeben haben, viele auch in Zukunft nicht verzagen werden. — Schermer (Soz.) fordert endlich ein rascheres Tempo bei den Schulreformen. Lübeck marschiere in dieser Hinsicht an letzter Stelle. Das alte Unterrichtsgesetz mit seinen vielen Nachträgen müsse gründlich umgestaltet werden. Der Redner bringt einen Antrag Bed und Genossen ein, der lautet: "Die Bürgerschaft ersucht den Senat, einen gemeinsamen Ausschuss von Senat und Bürgerschaft einzusetzen, der das bestehende Unterrichtsgesetz der Neuzeit entsprechend umgestaltet." — Des weiteren kritisiert Schermer die verfügte kommunalpolitische Neuordnung der Rektorstelle in Travemünde. Man wolle dort einen Mittelschulleiter unterbringen, obwohl es doch allgemein heisse, dass die Volksschule gehöre auch ein Lehrer aus dem Volksschulkreis. Der Redner kommt dann auf die Eingabe des Lehrervereins zu sprechen, die sich an die Selbstverwaltung und die Elternberäte bezieht. Die kollegiale Schulverwaltung sollte auch hier von den Demokraten unterstützt werden, deren Parteifreunde in Hamburg fehlen einen dahingehenden Antrag gestellt haben. Ihr Parteigenosse, der Kultusminister Beiser, gibt zu, dass damit im Rechnungsbezirk Missstände die besten Ergebnisse erzielt wurden. Von 91 Lehrern seien sich 90 mit allem Nachdruck für die Selbstverwaltung ein. Der Lehrerverein vor 1914, vor die Eingabe machte, zählt zu den ausgesprochenen Reaktionären. Er zählt ganze 30 Mitglieder; dazu kommen noch die Lehrer, die einen besonderen Verein bilden. Die Rückständigkeit resultiert aus dem mangelnden Zugang von auswärtigen und schlechten Verbildung der Lehrerinnen. Auch das preußische Kultusministerium gibt zu, dass sich die Elternberäte gut bewährt und ein besseres Verhältnis zwischen Schule und Haus geschaffen hätten. — Niedel (Kom.) fordert Erweiterung des Antrages von Frau Greve auf die Waldschule. — Senator Kuhnenkamp auf die Waldschule. — Senator Greve auf die Rektorstelle in Travemünde hat die Rektorstelle noch keinen Bericht veröffentlicht. — Prof. Kolke (DR) polemisiert gegen Schermer. Für Selbstverwaltung der Schule habe weder im Lehrerverein noch im Philologenverein eine Stimmung vor. Eine elterliche Sprechstunde würde genügen. Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

10. Antrag: Beihilfe zu den Kosten für die Museen. — Ambrösius (Dem.) kritisiert, dass am St.-Annen-Museum eine Betreuungsstelle aus Hamburg angestellt wurde, obwohl Kräfte am Ort sicher auch vorhanden wären. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Antrag Wape: Die Bürgerschaft beantragt einen Ausschuss zu 9 Mitgliedern zu untersuchen und weiter zu überwachen, inwieweit die am 24. Oktober s. J. bewilligten 1000 000 M. bzw. 1 800 000 M. zur ausschließlichen Verbilligung von Kartoffeln für Minderbemittelte verwendet werden. — Wird angenommen.

Antrag Bed: Die Bürgerschaft beantragt einen Ausschuss zu 9 Mitgliedern zu untersuchen und weiter zu überwachen, inwieweit die am 24. Oktober s. J. bewilligten 1000 000 M. bzw. 1 800 000 M. zur ausschließlichen Verbilligung von Kartoffeln für Minderbemittelte verwendet werden. — Wird angenommen.

Antrag Kuhnenkamp: Die Bürgerschaft beantragt den Senat um eine Vorlage, wonach das Gesetz betreffs Aufwandsentschädigung für die Bürgerhaushaltungsmitglieder dahin geändert wird, dass diejenigen Mitglieder der Bürgerschaft, die die Elternschule brennen müssen, jährlich 1000 M. erhalten. — Wolfradt (Soz.) begründet den Antrag. Die auswärtigen Mitglieder müssten hohe Bahnfahrten bezahlen und mitunter in Lübeck übernachten, eine besondere Entschädigung erhielten sie hierfür nicht. Weiter sollte geprüft werden, ob nicht auch dem Wortführer eine höhere Zuwendung gegeben werden können. In allen anderen Städten würde dem Wortführer mehr für seine Aufwendungen bezahlt. — Prof. Roth ist Gegner einer Entschädigung für die Bürgerhaushaltungsmitglieder. Hier handle es sich aber um tatsächlich entstandene Aufosten. — Wape (Arbg.) hält es für richtig, wenn die auswärtigen wohnenden Bürgerhaushaltungsmitglieder ihre tatsächlichen Ausgaben liquidieren. — Der Antrag Bed wird einstimmig angenommen.

Bericht des Weltkriegsausschusses über die ihm zur Prüfung überwiesene Frage der Einführung weiterer ständiger Ausschüsse. — Ambrösius (Dem.) wünscht die Errichtung eines ständigen Ausschusses über Verkehrsfragen. — Die Anträge werden angenommen.

Ein Antrag Niedel (Kom.) über die Erweiterung der Besuchsstunden im Allgemeinen Krankenhaus findet nicht die genügende Unterstützung.

12. Antrag: Nachtrag zum Gesetz vom 11. Mai 1918, die Grundstücke für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte betreffend. — Henf (DR) beantragt Überweisung an den Ausschuss zur Prüfung der ländlichen Steuerverhältnisse. — Ambrösius (Dr.) ist hiermit einverstanden und wünscht zu erwägen, ob die mildtätigen und gemeinnützigen Stiftungen von der Steuer befreit werden können. — Dinter (Arbg.) wünscht Steuerbefreiung bei neuen Grundstücken, um den Wohnungsbau zu fördern. — Dr. Gebhardt (DR) fordert Nachprüfung, ob Industriegelände und gärtnerisch bemühte Ländereien Steuererleichterungen weiter genießen sollen. Die letzteren könnten ganz gut die volle Steuer entrichten. — Ruh (Kom.) stimmt der Ausschusserberatung zu, fordert jedoch eine schärfere Heranziehung einzelner z. B. der Villenbesitzer in Travemünde. — Die Senatsvorlage wird auf Antrag Henf dem Ausschuss überwiesen.

13. Antrag: Erhöhung der Steuerzuschläge für die Beamten u. w. d. c. — Hierzu liegt eine Eingabe des Lübecker Beamtenbundes vor, der um Annahme der Vorlage bittet. — Ferner liegt ein Antrag Bed und Genossen vor, der folgenden Wortlaut hat: 1. Dass den Beamten und den Angestellten der Gruppen I bis 7 vom 1. Januar 1922 ab zustehenden Steuerzuschläge zum Grundgehalt oder zur Grundvergütung und zum Ortszuschlag auf die im Reich geltenden Sätze erhöht. 2. Dass den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen der Gruppen I bis 7 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab erhöhte Steuerzuschläge nach Maßgabe der vom Reich beschlossenen Regelung bezahlt werden. Für den übrigen Teil des Senatsantrages beantragt die Überweisung an den gemeinsamen Ausschuss zur Prüfung der Beleidungsordnung. — Haun (Soz.) betont, diese Regelung finde keine Billigung bei den Beamten, da die Festsetzung der Grundge-

halter ungerecht sei. Die gleichmäßige festgesetzte Steuerzuschlagsrate sei unsocial. Gruppe 3 z. B. bezahle 15 000 M. Grundgehalt und 4500 M. Ortszuschlag, Gruppe 13 dagegen 80 000 M. und 8800 Mark. Ortszuschlag. Dazu kommt, dass beide Gruppen gleichmäßig 29 % Steuerzuschlag, so dass die Wirkung sich wie folgt zeigt: Gruppe 3: 23 760 M. Grundgehalt und Gruppe 13: 115 600 M. Bei der letzten Gruppe beträgt der Steuerzuschlag 17 600 Mark, also 2600 M. mehr als das Grundgehalt der Gruppe 3. Die Spartenorganisationen hätten sich gegen diese unsociale Regelung gewandt. Lübeck selbst sei freilich nicht in der Lage, eine Änderung zu treffen. Es kann nur in seinem Parlament die Stimme dagegen erheben. Ähnlich würde auch die Staffelung bei den Grundgehaltenen. Bei den unten Gruppen bilde die Differenz 1000—3000 Mark, in Gruppe 11 beträgt die Differenz mit der vorhergehenden Gruppe 7000, bei Gruppe 12: 13 000, bei Gruppe 13: 23 000 M. Trotz dieser Ungerechtigkeiten sei bei der letzten Regelung allen Gruppen eine gleichmäßige Steuerzuschlagsrate von 2000 M. gegeben worden. Da brauche man nicht zu wundern, wenn in den Parlamenten der Länder schwere Stimmen laut würden, die diesen Weg des Reiches nicht mehr mitmachen. Hinzu kommt das Verfahren bei der neuen Steuerabgabe. Früher wurden bis zu 24 000 Mark 10 % abgezogen, jetzt bis zu 50 000 Mark auch nur 10 %. Dabei entsteht das Bild, dass die oberen Gehaltsgruppen Steuerermäßigungen von 1530, 2500, 2780, 3250 M. erhalten. Die Gruppe 10 kommt, gehen ins Phantastische, bis zu 29 900 Mark. Wenn da trotzdem alle Beamten die gleiche Zulage erhalten, braucht man sich über die Wissensfrage nicht zu wundern. Der Senat muss seinen Vertreter im Reichstag anweisen, dass er mit aller Stärke gegen diese widerständige Regelung vorgeht. Wir nehmen die Vorlage bis zur Gruppe 7 an und beantragen, alles übrige einem Ausschuss zu überwiesen. — Klein (Dem.): Die Summe, die auf den einzelnen Beamten entfällt, ist nur ein Tropfen auf einem heißen Stein, und trotzdem haben gewisse Beleidungen von mächtigen Forderungen der Beamten gesprochen. Die Gehaltsfälle haben mit den Steuerzuschüssen keinen Schritt gehalten. — 10 Uhr.

Gewerkschaften.

Die Gläser für den Baugewerksbund. Der Vorstand des Gläserverbandes hatte eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses des Bezirks und der Gauleiter nach Leipzig einberufen. Nach eingehender Aussprache über die Industriebedürfnisse und den Baugewerksbund wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 29. und 30. Januar 1922 in Leipzig tagende Beiträtskonferenz des Zentralverbandes der Gläser Deutschlands erwartet die Gründung des Baugewerksbundes und ist geöffnet für diesen ein. Der Hauptvorstand wird beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um den Aufschwung zu beschleunigen.

Aus aller Welt.

Dreizehn Fernleitungen gestohlen. Ein schwerer Diebstahl an Leitungsdraht ist zwischen Küstenbrunn und Strandau verübt worden. Dort haben noch Eisenbahnen ein. Die Draht von nicht weniger als 13 Fernleitungen auf einer Strecke von 120 Metern abgedimmt und weggerissen.

Unangenehme Feststellungen. Im letzten Jahre hat die Eisenbahnverwaltung mehr als 500 Millionen Mark an Entschädigungen für vorgelagerte Diebstähle bezahlt müssen. In den letzten 1½ Jahren sind 13 000 Angestellte des Eisenbahnverwaltungs wegen Unredlichkeit entlassen worden.

In der Wohlschau erstickten. Aus Berlin wird gemeldet: Die 61 Jahre alte Witwe Barbara Stiegl, die für sich allein in einer Laube in der Kolonie Heldsiedlung wohnte, ist dort vor anderen Laubenherrn totzukommen worden. Die Frau war teilweise gelähmt und konnte sich nur schlecht fortbewegen. Vor einigen Tagen verschämte sie ihr Leben so, dass sie aus dem Bett herausfiel und hilflos auf dem Fußboden liegen blieb. Sie war, wie ein Arzt feststellte, erfroren.

Phantastische Vorwürfe. Die Eisenträger in Sowjetrußland werden bis zu je 1000 Rubel hergestellt. Allerlei Symbole der Freiheit und Gleichheit tragen der phantastische Druck und zeigt den weißen Seeschildern im Mittelfeld. Ein Blatt von Petersburg bis Revel (Estland) kostet heute 10 000 Rubel Porto! In normalen Zeiten war ein Blatt etwa 2,30 Mark wert.

Verhaftung eines Raubmörders. Vor einer Woche wurde in St. Georgen bei Augsburg an dem Oberamtsrichter Lüder und seiner Haushälterin Müller ein Doppelraubmord begangen und seine Villa in Brand gestellt. Nach verschiedenen Zeiträumen wurde nun der in St. Georgen wohnende 12 Jahre alte Mechaniker Andreas Heringer, Vater von neun Kindern, als der Raubmörder verhaftet und nach Landsberg eingeliefert.

Auch eine "Entbindung". Bei der Bahnhofspetze in Zweibrücken fiel ein Ehepaar auf, die Frau in einem netten Plüschtäschchen bedächtig geführt von ihrem Ehemann, mit allen Zeichen eines bald zu erwartenden fröhlichen Ereignisses. Dem Beamten fiel jedoch zu etwas einseitige Korpulenz der Dame auf und er ließ sich den Plüschtäschchen anstreifen. In seinem Erstaunen machte er nun die Entdeckung, dass die Frau sich ungefähr ein Dutzend Paar Schuhe umgebunden hatte, die nun zur sofortigen "Entbindung" der Ehepartner führten. Die Nachwesen dieser Entbindung dürften ziemlich schmerhaft sein.

Geschäftliches.

Zum "Crocadero" veranstaltet Herr Stroba am Mittwoch ein großes rheinisches Winzerfest unter Beteiligung der beliebten Weber-Kapelle, die wiederum mit neuem Schlagzeug aufwartet wird. Gleichzeitig findet ein großer Ausschank vom edelsten Wein aus dem "Heidelberer" statt.



Nun ist er endlich wieder da
der langenfiechte, echte ...

Kaffreiners Malzkaffee

Seit 30 Jahren erprobt als das
wohlschmeckende gesunde Familiengericht.
von grösster Sparsamkeit!

Der heutige Auflage liegt ein

Oeffentliche Verdingung.

Die Ausführung von Auftragsarbeiten für den Neubau von Pflegewohnungen für die Heilanstalt Strelitz soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am

Mittwoch, d. 21. Februar 1922,

mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlen-damm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Referenzverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort abgezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. (13046)

Lübeck, 18. Februar 1922.

Das Bauamt,
Abt. Hochbau.

Erna Wulf
Emil Thiessen

Verlobte. (13059)
D. o. danken herzlich
für die vielen Glückwünsche und Geschenke.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke, dem Chorverein für die erwiesene Aufmerksamkeit zur silbernen Hochzeit danken herzlich! (13050)

Familie Eckmann, Schlutup.

Zu sofort erfahrene-
jung, Mädchen bei famili-
stisch, gutes Geh., ge-
(13057) Saniat. S. 6a.

W. Wulf und Frau.

Dankagung.

Für die vielen Glückwünsche und Gratulationen zur silbernen Hochzeit danken herzlich! (13042)

Gustav Edler und Frau,
geo. Abraham.

Raum 1. Soiz, Kommode, einschlängige Bett-
stelle, 2 tür. Kleiderst.,
Rückentisch. Schwartau,
Lübeck. Str. 39. D. (13065)

Milchhof oder Zimm zu kaufen gerucht. Ang.
unt. W. B. a. d. Erd. (13053)

Der Verstand.

Plattdeutsche Vereen, Gef
in Lübeck.

Sunday, 19. Februar, von Klo 5 an:

24jähr. Gründungsfier

as „Volksfest in Eelsoörp“

(Konzertsaal Lübeck).

Anto, wenn's angeht: Begeisterung über ne-
bedürftige Volksdram. Ein Klo 2.

De Dänerei märt Kappn drägen, de int' Lofa
so friegen läub.

Eintrit: Mannslid . . . Kl. 10.—) Stuer
Fraulid . . . Kl. 8.—) inliden.

Freunde mütt dörch Vereensmater infödt wärtn.

De Vorstand.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
abends 6½ Uhr.

Heinrich Oehle.

(13083)

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck
Distrikt Rendsfeld-Schwartau.

Mitglieder-Berammlung

am Mittwoch, dem 15. Februar 1922,
abends 7½ Uhr

im Klof von Bill. Hillebrecht (Transvaal).

Zugesordnung: (13073)

1. Annahme neuer Mitglieder.

2. Wahl der Delegierten zur Generaler-
ammlung nach Lübeck.

3. Gestige Sachbeschreibungen.

Die Distriktsverwaltung.

Ein sanfter Tod
endet das raslos
tätige und arbeits-
reiche Leben unsrer
guten Mutter, Groß-
mutter. (13060)

Albertine Philipp,
geb. Thurow
im 72. Lebensjahr.
In tiefer Trauer
Theodor Philipp,
Th. Nielsen und
Frau geb. Philipp,
R. Dierk u. Frau
19060), geb. Philipp,
und Enkelkinder.
Watenhömer 72.
Die Beerdigung
find. a. Sonnabend,
18. d. Wiss. nachmitt.
4 Uhr v. Vorwerker
Friedhof aus Stadt.

Für erwogene Teil-
nahme u. Kranspenden
beim Heimgange unseres
lieben Sohnes Wilhelm
lagen allen Verwandten
und Bekannten, sowie
dem Sozialdem. Verein
Ortsgruppe Schlutup,
dem Arbeiters. Sport-
verein Schlutup, dem
Arbeiters. Gesangverein
Schlutup unsern besten
Dank, ebenfalls sprechen
wir auch dem Herrn
Pastor Hafermann für die
erwiesene Worte am
Grabe unseres lieben Ent-
schlafenen unjern heilen
Dank aus. (13050)

Familie Eckmann, Schlutup.
Zu sofort erfahrene-
jung, Mädchen bei famili-
stisch, gutes Geh., ge-
(13057) Saniat. S. 6a.

Sierbekasse
Die Vertrauliche
Lübeck.

Die Kasse wird für das
Kalenderjahr 1922 ver-
treten durch die Herren

Wilh. Dräse

und

Heinr. Hamann,
als verantwortende Vor-
steher, und tritt in Be-
hinderungsfällen f. einen
der Vorgenannten Herrn
Paul Rosen als Erstge-
mann ein. (13043)

Den 18. Februar 1922.

Der Vorstand.

Sundag, 19. Februar, von Klo 5 an:

24jähr. Gründungsfier

as „Volksfest in Eelsoörp“

(Konzertsaal Lübeck).

Anto, wenn's angeht: Begeisterung über ne-
bedürftige Volksdram. Ein Klo 2.

De Dänerei märt Kappn drägen, de int' Lofa
so friegen läub.

Eintrit: Mannslid . . . Kl. 10.—) Stuer

Fraulid . . . Kl. 8.—) inliden.

Freunde mütt dörch Vereensmater infödt wärtn.

De Vorstand.

Generalversammlung

am Mittwoch, dem 15. Februar 1922,
abends 7½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“.

Aus günstiger Einkaufszeit

bin ich mit großen Mengen Qualitätswaren eingedeckt
und treffen laufend große Sendungen aus günstigen
Abschlässen zu den vorhandenen Vorräten ein, sodaß
nach wie vor zu verhältnismäßig niedrigen, teilweise
weit unter heutigen Erstellungskosten verkaufen kann.
Ich empfehle, aus meiner Vorsorge weitgehendst
Gebrauch zu machen, jedoch muß ich mir Mengen-
abgabe vorbehalten.

Hemdentuch, 80/3 cm
breit,
sämtlich vollbleicht, stark und feindige erprobte
Qualitäten, soweit dieser Posten reicht

Meter 18⁵⁰ 22⁵⁰ 26⁵⁰ ma.

Bett-Linon, 140 cm
breit,
Meter 49⁰⁰ 52⁰⁰ 58⁰⁰ ma.

(13064)

Preis das Paket Mk. 2,50. (13088)

Preis das Paket Mk. 2,50. (13088)



Henko
Henkel's Wasch.
Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Haushalt
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Sozialdemokr. Verein

Lübeck.
8., 9. und
10. Distrikt.

Mittwoch, den 15. Februar
abends 7½ Uhr
im Lokale „Friedrichshof“
Schwartauer Allee

**Bezirksmitglieder-
Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Erklärung zum Görlitzer Programm.
Redner: Gen. Weid.
2. Aussprache.
Bahlreiches Erscheinen
erwartet. (13048)

Die Distriktsführer
(Lotzow, H. Puls,
C. Maab.)

Zentral-Verband
der Zimmerer.
Bezirk Lübeck. (13047)

Ankerordentliche
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch, d. 15. Februar
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Lohn-
verhandlung vom Be-
zirkshöfnamt.
Der Vorstand.

Prima nocte
Brenntor
Brenner Kl. 18,50
Schierung.
(13047) Adlerstraße 6.

Mastenföstüme
zu vermieten. (13085)

WILL,
Reg. Dienstags 40.

flansatheater.

Heute Dienstag
13087) 1¼ Uhr:
Die spanische Nachtigall

Montag 7½ Uhr:
Hohelt tanzt Walzer.

Donnerstag 7½ Uhr:
Zum ersten Male!
Er und seine Schwester.

Freitag 8 Uhr:
Einmaliges Gaspiel
des berühmten
Petz-Kainer-Balletts.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 14. Feb., 7,30
Figaro Hochzeit.
25. Ab.-Vorst. Bef. A.

Mittwoch, 15. Feb., 7,30
Götz v. Berlichingen
(nicht Ballerina des
Königs). (13081)

25. Ab.-Vorst. Bef. A.
Donnerstag, 16. Feb. 7,30
Ballerina des Königs
Neuheit. Gastspiel von
Eva-Alice Groh als
Ballerina.

26. Ab.-Vorst. Bef. B.
Gäste mit Geang in
4 Akten von Jean Kren
und Alfred Schönfeld.

Freitag 8 Uhr:
Einmaliges Gaspiel
des berühmten
Petz-Kainer-Balletts.



Kleider und Blusen

sehr vorteilhafte Woll-
kleider, Voile- und
Tüllkleider, Blusen in
Crepe de chine, Seide-
Trikot u. Messaline,
Voile-Blusen, Hemd-Blusen in jeder
Stoffart, sowie praktische Wollblusen

unter Zugespreis

Damen-Wäsche

Taghemden, Bein-
kleider, Garnituren,
Nachthemden, Unter-
tailen, Unterröcke,
Prinzeßröcke,
Schlupfhosen,
Sürmple in Seide,
Wolle, Flor u. Baum-
wolle, nur beste
Qualitäten

unter Zugespreis

Herren-Artikel

weiße und farbige
Oberhemden, Nach-
hemden, Taghemden,
Einsatzhemden, Ox-
ford-Sporthemden, Un-
terwäsche in Wolle
und Mako, Hüte,
Krawatten, Socken,
Schirme

unter Zugespreis

Dargel-Slie

Ins. : Bruno Dargel

Holstenstraße 16

Licht-spiele

Gäuboden 17/18.
(Im Hause der „Fledermaus“).

Heute letzter Tag!

Der geheimnisvolle Dolch.

III. Teil

Kommen Sie jährl. ehe es zu
spät ist. Sei der Teil
wurde mit bewußter Begie-
itung aufgenommen und öffnet
als nächstes bestimmt. (13044)

Der geheimnisvolle Dolch.

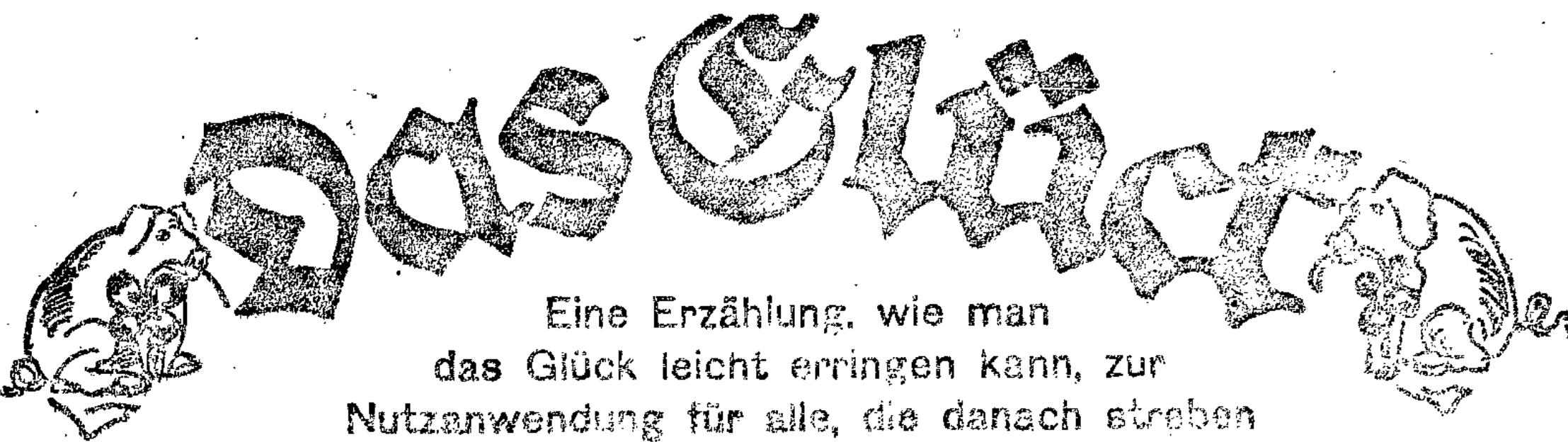
IV. Teil

„Wen's Fäude läuft“. Dieter Teil übertrifft den 3. noch
weiterem — Das dazu andere
reichhaltige, erkennt kein vor-
züliche Erfahrung - Pro-
gramm! — Gut gehei! — Zeit
auf verfüllt!

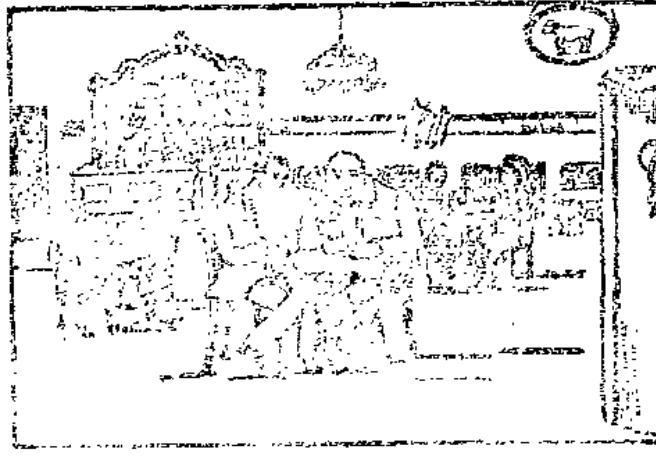
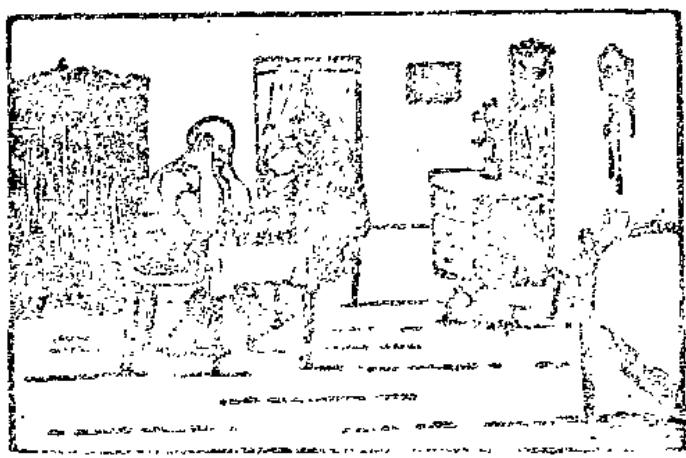
Der Künstler:

Dir. Diestel, Vorsteher. Julius Heise.

In gegebener Veranlassung machen wir darauf
aufmerksam, daß die Auszahlung der Genossen-
schaftanteile plus 50% Gewinn und Anteil am
Reitervfonds nach Genehmigung obiger Tages-
ordnung durch die Generalversammlung stattfinden
kann. Das Röhre wird rechtzeitig öffentlich be-
kannt gemacht.



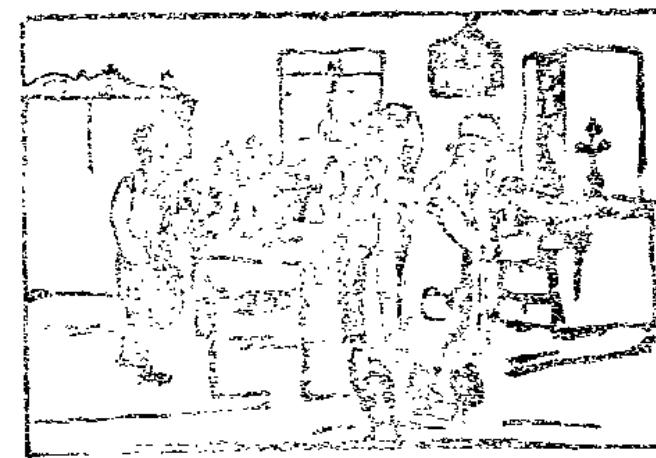
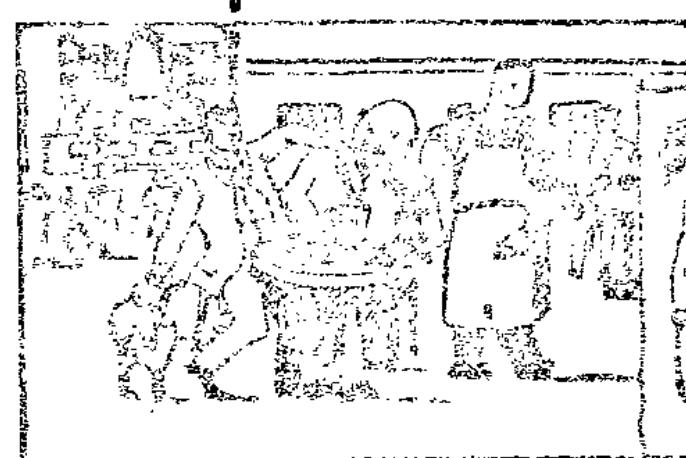
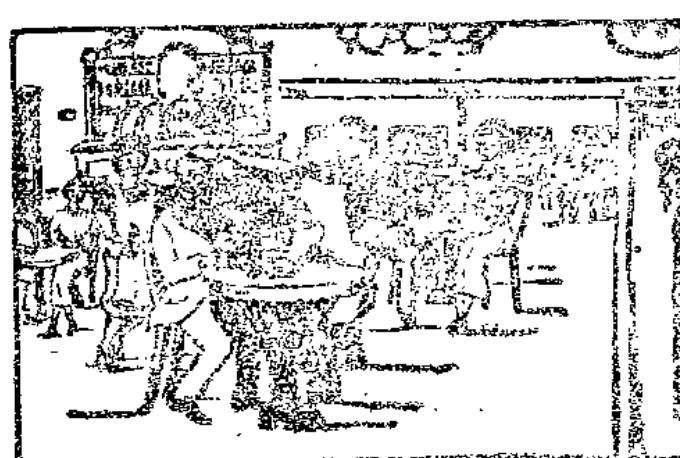
Eine Erzählung, wie man
das Glück leicht erringen kann, zur
Nutzanwendung für alle, die danach streben



1. Das Reisebüro hat es direkt die Flüsse
Und alle Waren werden vom
Voll Trauer geht Frau Bausch
Mit seiner Braut der Anselme
Und dankt e, wenn... Wahr
Wie fern sie noch ist hier.

2. Frau Müller und ihr Ehemann
Einer schwere neue Wohnung
Bewohnerin reicht aus e Gras.
Der Käff bei Seite holt nach dem
Doch kann er ill die Anselme
Käffchen nicht so zu den Händen
zu ziehen das arme Paar.

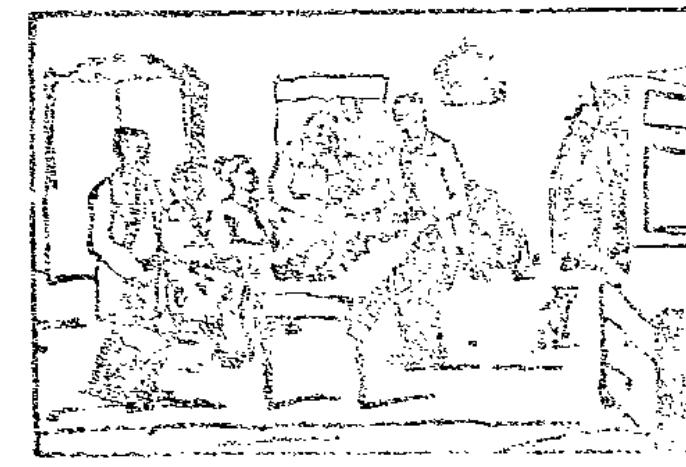
3. Herr Bürgers hat und seine Läden
Ist es sie braucht uns überzeugen
In diese Ferien sind
In diese großen Leute
Die Wölfe und der Herrscher
In jener Form von Gedanken Völk.



4. Da kann sie ja etwas Blatt,
Na große Lotterie sind sonst.
Die werden wir eben abholen,
Das kann ein schönes Leben.
Sie haben Fleisch und Füller
Und während sie auf dem Platz
Geschnitten Sie nur schnell
Nach Losse hier vor sich.

5. Frau Müller kommt sie nach dem Tisch
Die Zeit und kann eine Stunde mehr,
Sie kann es nicht mehr hören,
Sie kann es nicht hören,
Sie kann es nicht hören,
Sie kann es nicht hören.

6. Frau Müller erkennt und fragt:
Was ist das? Ich kann es nicht hören,
Es ist nicht möglich, ich kann es nicht hören,
Es ist nicht möglich, ich kann es nicht hören,
Es ist nicht möglich, ich kann es nicht hören,
Es ist nicht möglich, ich kann es nicht hören.



7. Doch plötzlich tritt ein Mann herein,
Das muß ein Döllermann sein sein.
Ein Feind steht seine Glieder als
Der Schatz liegt hier lieblich hier.
Der Schatz wird sicher nicht
Das sollte noch keinen Menschen aufgezogen
Als ein herliches Abendessen
Er steht die Tische zu kaufen.

8. Und aus Döllermann ist Mann,
Das ist „Herr Bausch“, kommen Sie rein,
Der treibt Handel mit die Tiere,
Die sind besser als jeder Mensch.
Das werde los verloren, ja
Ja, was nicht sonst, sondern ja,
Die reichen nicht den Nut verloren
Die ist Freude anzuschauen.“

9. Der Herrscher — — die Anselme
Ist es und ... Platz unter dem
Sofa ist ein zweiter Platz
In der Nähe, in einer Nähe,
In der Nähe ist ein Sessel versteckt,
In der Nähe ist ein Sessel versteckt,
In der Nähe ist ein Sessel versteckt,
In der Nähe ist ein Sessel versteckt.

Zur Beobachtung

Volle Adresse angeben.
Recht deutlich schreiben. Die Anzahl
der gewünschten Lose ausfüllen.

Zur Portosparsparis

Beschriften in einem Briefumschlag
einfüllen; diesen mit der Aufschrift
„Drucksache“ versehen und mit einer
10 Pfennigmarke frankieren.

Mit absonder

DRUCKSACHE

Unterschriften besteht bei der Hauptziehung Mr. Christiane Kudermann, Postamt-Vorstand, ...
der Geiß-Lotterie zugunsten des Deutschen Auslands-Institutes. Zahlung erfolgt nach Rangierung der Lose.

Name u. Vorname _____

Websort (Kreis, Provinz) _____

Wohnumg (Straße, Hausnummer) _____

Hier abstreichen.

Die beste Kapitalsanlage

Ein Vermögen für ein paar Mark

Große Geld-Lotterie

zugunsten des Deutschen Auslands-Instituts,
Stuttgart

26 920 Gewinne mit dem enormen Gewinnkapital von

Eine Million Mark 1 000 000 Mark.

Lospreis 5.— M. einschl. Reichsattempel und Porto
Gewinnliste 1,50 M. extra. Ziehung 22.—23. Februar 1922

Gewinnplan:

Höchster Gewinn **150 000 Mark**

1 Hauptgewinn .	150 000 M. =	150 000 M.
1 " .	100 000 "	= 100 000 "
1 " .	50 000 "	= 50 000 "
2 " zu je	25 000 "	= 50 000 "
2 " "	10 000 "	= 20 000 "
Ferner noch 26 918 Gewinne von zusammen . . .		699 000 "
26 920 Gewinne im Gesamtwert von =		1 000 000 M.

Schnellste Bestellung in Ihrem Interesse dringend geboten.

P. P. Die Sehnsucht nach Geld und Gut, der heiße Wunsch, zu Reichtum und Wohlstand zu gelangen, liegt in der Brust jedes Menschen. Ein jeder weiß wohl, wie schwer es ist, sich durch harte Arbeit einen Nettoschenken zu ersparen; heut erscheint es geradezu unmöglich, denn Wohnung, Kleidung, Nahrung sind unerschwinglich teuer. Mit jedem Tag steigen die Preise und dabei besteht keine Hoffnung auf Besserung; kaum reicht der Lohn für die notwendige Ernährung, jede Anschaffung, auch die notwendigste, muß unterbleiben. Es ist wohl leicht begreiflich, daß ein jeder eifrig darüber nachsamt, wie er sich einen Nebenerwerb schaffen, wie er sich Kapital erwerben kann, um den grauen Sorgen des Alltags zu entrinnen. Einen Weg gibt es, um mit einem Schlag Hunderttausende zu erwerben, nur durch Lotterie können Sie es erreichen.

Warum sollten Sie weniger vom Glück begünstigt sein, als Tausende Ihrer Mitmenschen? Millionen und Abermillionen werden jedes Jahr ausgelost, und auch diesmal gelangen wieder Riesengewinne zur Verteilung. Treten Sie mit hinein in die Reihen der Spieler und beherzigen das alte wahre Sprichwort: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt, sein Glück verscherzt, wer sich besinnst.“ Wir hoffen, Sie als Kunden begrüßen zu können und würden uns aufrichtig freuen, Ihnen einen größeren Treffer auszuzahlen zu können.

Hochachtungsvoll
H. Christian Andersen.

Adresse

Gestellschein.

Bankhaus H. Christian Andersen

Zoppot-Danzig